

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Unia-Frauen: Präsidentin Mattmann

hört auf. Seite 9



**Blutige Beeren**

Schinderei, Bschiiss und Mafiamethoden bei Beiner + Berther in Landquart GR. Seite 3



**Klima-Camp: So war's wirklich**

Das Camp auf dem Bundesplatz erhitzt die Gemüter. work war vor Ort. Seiten 10-11

**Holcim: Übles Spiel in Indien**

Der Zement-Konzern beutet Leiharbeiter aus. (Noch) ohne Konsequenzen. Seite 7

**Prämien-Chnorz**

Herbstzeit, Krankenkassenzeit. Alles, was Sie wissen müssen im grossen work-Ratgeber. Seiten 16-17

**Juhu!**

**27. September:** Linke setzt sich durch +++ **Kündigungsinitiative** gebodigt – **SVP** in der Krise +++ **Steuergeschenk** an reiche Eltern versenkt +++ Neues **Jagdgesetz** abgeschossen +++ **Papi-Urlaub** kommt +++ Leider kommen auch die **Luxus-Kampfjets** Seiten 2, 4, 5 und 14





**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## GEWINNEN IST SCHÖN!

Gewinnen ist einfach schön! Vor allem, wenn es so dick kommt wie am letzten Abstimmungswochenende. Wir Linke und Gewerkschaften haben 4 von 5 Vorlagen gewonnen. Plus einen neuen gesetzlichen Mindestlohn im Kanton Genf (Seite 4). Das ist eine klare politische Verschiebung nach links. Und fast hätten wir auch noch Viola Amherds Kampfbomber abgeschossen. Das wäre dann der Kirschkuchen in der Schwarzwäldertorte gewesen. Doch auch dieses Zufalls-Ja ist nicht übel, denn jetzt bricht an der Fliegerfront das Chaos los. Nun werden uns Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und US-Präsident Donald Trump ihre überflüssigen Kampfbomber aufs Auge drücken wollen. Und schwingt Trump obenaus,

## Fertig mit Cabaret an der Urne?

möchte uns Frau Armeeministerin doch bitte erklären, warum sie ausgerechnet einen US-Armeestützpunkt in der

Schweiz will. Wir bestellen beim VBS jedenfalls schon mal das Foto! Und machen in unserer Politik-&Technik-Rubrik «Rosa Zukunft» darauf aufmerksam, dass Amherds Kampfbomber vermutlich schon zum alten Eisen zählen werden, wenn sie 2030, wie geplant, starten sollen. Denn dann wird der Kriegshimmel wohl schon den leichteren und billigeren chinesischen Drohnen gehören (Seite 14).

**IM BUNKER.** Wir haben Aufwind. Und die SVP ist abgestürzt: Am 27.9.2020 fand ihr Marignano statt. Das Volk schickte die Kündigungsinitiative bachab. Und wie! Wie gekläpft sassen danach die «Liebe Froue und Manne» am «Abstimmungshöck» im Rothristler «Pöstli»: Ihre SVP ist die Schweizerische Verlierer-Partei, wie work-Autor Clemens Studer auf Seite 5 analysiert. Entsprechend laut jault der Führer auf Tele-Blocher: gegen die eigenen Parteisoldaten, weil sie die Kampf-flieger nicht wirklich zum Fliegen brachten, und gegen die Welschen und Basler, diese Vaterlandsverräter, weil sie die SVP-Initiative so haushoch verwarfen. Eingebunkert im Herrliberger Bunker und wütend auf den Rest der Welt. Dabei lässt Christoph Blocher seine Partei selber im Stich: Er hat offenbar seinen Geldhahn zugekehrt. Die SVP schaltete deutlich weniger Inserate im Abstimmungskampf als sonst. Und noch etwas Pikantes ist dem roten Feigenblatt-Kolumnisten Peter Bodenmann im SVP-Blatt «Weltwoche» aufgefallen: dass nämlich «der Blocher-Jubil-Biograph Markus Somm» verzweifelt 4,8 Millionen Franken Geld sucht, um sein neues Internet-portal zu lancieren. Ein solches brauche es, erklärte dieser, weil sich die «Weltwoche» zu viele Feinde geschaffen habe. Sprich: zu sehr auf rechtem Wildsau-Kurs. Das allein ist schon eine interessante politische Distanzierung. Noch spannender aber: Das Geld findet Somm offenbar nicht bei Papa Blocher.

**IN CORONAZEITEN.** Gewinnen ist einfach schön! Vor allem, wenn es so überraschend kommt wie beim dezidierten Nein zum Steuergeschenk für die Reichen bei den Kinderabzügen. Machen Coronazeiten nachdenklicher? Fertig mit Cabaret an der Urne? Es scheint so. In der Coronakrise ist auch der Staat wichtiger geworden. Denn die (ökonomische) Zukunft ist ungewiss. Fast überall in Europa breitet sich das Coronavirus gerade wieder unaufhaltsam aus. In Frankreich, Österreich und Grossbritannien sogar alarmierend schnell. Da wollen die Menschen mehr Schutz vom Staat. So was schlägt sich in den sozialen Fragen nieder. Und in Abstimmungen.

27. September: Die Linke gewinnt 4 von 5 nationalen Vorlagen

# 4:1 für den Fortschritt

**Wären Abstimmungen ein Fussballspiel, lautete das Resultat des letzten Matches: 4:1 im Spiel von FC Fortschritt gegen FC Rückwärts.**

CLEMENS STUDER

Eigentlich müssten die Schweizer Militärs der VBS-Vorsteherin Viola Amherd die Füsse küssen. Mindestens 8685 Mal. Denn exakt so viele Stimmen gaben den Ausschlag, dass die notorisch skandalträchtigen Armee-Beschaffer einen Blaukocheck von 6 Milliarden erhal-

**Nur 8685 Stimmen gaben den Ausschlag bei der Beschaffung der Luxus-Jets.**

ten. Dieser hauchdünne Sieg ist einzig der wackeren Walliser Bundesrätin und ihrem schlaun Abstimmungskampf zu verdanken. Und manche Linken werden sich im nachhinein ärgern, dass sie die Kampagne gegen die Luxus-Jets nicht angriffiger geführt haben. Das Flieger-Ding wäre zu drehen gewesen. Doch auch die superknappe Ausgangslage ist jetzt nicht schlecht. Denn: wer schon beim Beschaffen von Hygienemasken versagt wie das VBS, wird auch keine Flieger anständig in die Luft bringen. Und der Zufallssieg ist eine Mahnung: Sollten die VBS-Beamten und das rechte Parlament von den USA ferngesteuerte Jets kaufen wollen, hässcherets. Denn dann hätten wir einen Ami-Stützpunkt im Land.

**Gebodigt: Die SVP-Kündigungsinitiative**

Nichts zu deuteln gibt es an der Niederlage der SVP mit ihrer Kündigungsinitiative. Eine Bauchlandung, die den Blocheristinnen und Blocheristen



**FREUDE HERRSCHT!** Rot-Grün und die Gewerkschaften freuen sich über die Abstimmungsergebnisse. Mit von der Partie: Unia-Chefin Vania Alleva (3. von links). FOTO: KEYSTONE

schwer zu schaffen macht und noch machen wird (Analyse Seite 5).

**Gebodigt: Steuer-geschenke für Reiche**

Die rechten Parteien wollten mit einer Hauruckübung reichen Eltern ein Steuergeschenk von 370 Millionen Franken im Jahr machen. Doch die Schweizerinnen und Schweizer können rechnen. Und sagten haushoch Nein, danke! Vernünftig. Denn vom millionenschweren Steuergeschenk hätten nur gerade die 6 Prozent reichsten Familien profitiert. Für den Erhöhung des Abzuges für Fremdbetreuung – ist bereits eine Lösung aufgegleist. Wofür die jetzt eingesparten Hunderte Millionen eingesetzt werden könnten,

dazu gibt es auch schon Ideen: zum Beispiel für die Erhöhung der Kinderzulagen um 280 Franken pro Jahr. Für alle Kinder, nicht nur für die reichsten paar Prozent.

**Gebodigt: Das Abschussgesetz**

Das revidierte Jagdgesetz war ein parlamentarischer Erfolg der vereinigten Jäger- und Bauernlobbies. Das Gesetz hätte die Erlaubnis zum Abschuss vermeintlich geschützter Wildtiere an die Kantone delegiert. Also zum Beispiel an den Wildererkanton Wallis. Im Visier standen Wolf und Luchs. Der Biber wurde in letzter Minute rausgestrichen. Hätte aber bei einem Ja auf einfachem Weg und ohne Volksabstimmung wieder reingeschrieben werden können.

Daraus wird jetzt nichts. Die Volksmehrheit lehnte das Vorhaben deutlich ab. «Problemwölfe» können wie bislang geschossen werden. Luchs und Biber bleiben sicher.

**Endlich! Ein bisschen Vaterschaftsurlaub**

Bisher gab es für Väter bei der Geburt eines Kindes gleich viel frei wie fürs Zügeln: einen Tag. Ab dem 1. Januar 2021 werden es immerhin 14 Tage sein. SVP und FDP waren dagegen. Das Volk nicht. Die 14 Tage sind ein erstes Schrittchen in die richtige Richtung. Und besser als nichts. Doch fortschrittliche Kräfte in diesem Land wollen eine anständige Elternzeit – nicht kurze «Papi-Ferien». Entsprechende Vorstösse sind bereits in Arbeit.

## Trotz akutem Fachkräftemangel auf dem Bau: Baumeister wollen die Löhne drücken

**Der Baumeisterverband verlangt, dass die Löhne sinken. «Sicher nicht!» sagen jetzt die Gewerkschaften. Denn der Branche geht es trotz Corona ziemlich gut.**

CHRISTIAN EGG

Der Bau kommt besser durch die Coronakrise als andere Branchen. Bis Ende Jahr rechnen die Experten von BAK Economics mit einem Rückgang von nur drei Prozent gegenüber dem Rekordjahr 2019. Zum Vergleich: Die Wirtschaft als Ganzes wird dieses Jahr um fünf Prozent schrumpfen, schreibt die Nationalbank. Deshalb sagt Unia-Bauchef Nico Lutz: «Die Baubranche hat sich als robust erwiesen. Auf vielen Baustellen wird jetzt mit Hochdruck gearbeitet, um Verzögerungen aufzuholen.»

**ABBAU.** Unverständlich deshalb, was der Baumeisterverband jetzt fordert: Er will die



**HAU RUCK!** Auf den Baustellen wird jetzt mit Hochdruck gearbeitet, um Corona-Verzögerungen aufzuholen. FOTO: KEYSTONE

Mindest- und die Reallöhne für nächstes Jahr senken. Auch wegen der negativen Teuerung.

Die beiden Gewerkschaften Unia und Syna weisen das entschieden zurück. Nico Lutz: «Das ist inakzeptabel.» Denn die Branche hat fette Jahre hinter sich. Die Umsätze der Firmen haben in den letz-

ten 20 Jahren um 30 Prozent zugelegt, Gewinne und Produktivität sind in den letzten Jahren ebenfalls gestiegen. Nur ein Teil davon floss in die Löhne der Beschäftigten.

Auch für die Konjunktur wäre ein Lohnabbau genau das Falsche, sagt Lutz. Derzeit stütze vor allem die Nachfrage im Inland die Wirtschaft.

«Wenn jetzt sogar die Branchen, die es sich leisten können, die Löhne kürzen, ver-

**«Lohnkürzungen würden die Rezession weiter verschärfen.»**

UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ

schärft dies die Rezession zusätzlich.»

Kommt dazu: Auf dem Bau herrscht akuter Mangel an Fachkräften (work berichtete). Um Abhilfe zu schaffen, braucht es bessere Rahmenbedingungen, nicht schlechtere.

**FORDERUNG.** Deshalb sagen die beiden Gewerkschaften: Die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter haben eine Lohn-erhöhung verdient. Sie fordern für nächstes Jahr plus 60 Franken sowie eine höhere Mittagszulage. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 28. Oktober stattfinden. work bleibt dran.





**UNFASSBAR:** So erbärmlich müssen die Beiner-Landarbeiter chrapfen und hausen. Im Foto unten rechts liegt Petar Nikolic nach seinem Bandscheibenvorfall im Spital. Die Fotos sind Handyaufnahmen der Büezer. FOTOS: ZVG

# Skrupelloser Schweizer Beeren-Produzent: Schinderei, Bschiss und Mafiamethoden



**Der Beerengigant Beiner + Berther AG aus Landquart GR versteht sich als Vorzeigebetrieb. Und beliefert Coop, Migros, Denner usw. Dabei basiert sein Erfolg auf blutiger Ausbeutung. Im wörtlichen Sinn.**

JONAS KOMPOSCH

Nicht nur die Weinrebe mag das milde Klima der Bündner Herrschaft. Gleich nebenan, in der Gegend um Landquart, gedeihen auch Erdbeeren, Himbeeren und Zwetschgen vorzüglich. Das hat vor Jahren der Bauer Jürg Beiner gemerkt und seinen Hof deshalb komplett zum Früchtebetrieb umgebaut. Mit raschem Erfolg mauserte sich seine Beiner + Berther AG zum grössten Himbeerproduzenten der Schweiz. Und zum unbestrittenen Platzhirsch in der ganzen Region. Alle beziehen die süssen Beiner-Himbeeren: Coop, Migros und Denner; Hotels, Altersheime und Krankenhäuser vom Bodensee bis zum Hinterrhein. Gepflückt werden sie von zeitweise über 200 sogenannten Erntehelfern, also saisonalen Landarbeiterinnen und -arbeitern aus Portugal, Polen, Kroatien oder Rumänien. Ihre Arbeit machte Firmengründer Jürg Beiner zum gefragten Mann. Als Präsident des Kompetenzzentrums Beeren Schweiz hielt er Expertenvorträge und führte Interessierte durch seine Kulturen. Bis er eine fatale Diagnose erhielt: Krebs. Nach monatelangem Überlebenskampf starb Beiner am 8. August 2019.

PETAR NIKOLIC, BEERENPFLÜCKER

Mit Beiners Tod schlug die Stunde des Sarganser Anwalts Daniel Perret. Er fungiert als Willensvollstrecker Beiners und zugleich als neuer Geschäftsführer der AG, zeichnungsberechtigt mit Einzelunterschrift. Eine Kombination, bei der Interessenkonflikte nur schwierig zu vermeiden sind. Und tatsächlich heisst es über Perret, er wolle die hinterbliebene Partnerin und Erbin Jürg Beiners ausbooten. Mit fatalen Folgen für die ganze Beiner-Belegschaft. Denn spätestens mit der Ankunft Perrets haben sich die Missstände in der Firma angehäuft. Und zwar derart, dass jetzt das Fass überläuft.

## LEBEN GERETTET

Das bezeugt der kroatische Landarbeiter Ante Horvat\* (45). Er war der erste Beiner-Saisonier, der bei der Unia Alarm schlug – wegen höllischer Leistschmerzen. Und weil der von der Beerenfirma vermittelte Arzt, Aycardo Pineda, ihn zwar krank geschrieben, aber nicht genügend versorgt habe. So lief Horvats Arztzeugnis am Tag seines Hilferufs aus. In wenigen Stunden hätte er wieder zur Feldarbeit müssen. Das roch verdächtig, fand die Churer Unia-Frau Maja Jurić. Zumal Doktor Pineda kantonsweit ein zweifelhafter Ruf voraussetzt: 2013 machte er ohne Ankündigung und über Nacht seine Praxis in Andeer dicht und verschwand nach Zizers. Seither wird der Allgemeinmediziner von vielen Bündner Firmen strikt gemieden. Und mittlerweile ist er auch aus dem Hausarztverzeichnis der Krankenkassen geflogen.

Also beschloss Gewerkschafterin Jurić, Erntearbeiter Horvat sofort zu besuchen. Bei seiner Unterkunft angekommen, erzählte sie: «Die winzige Kam-

mer war mit sechs Betten vollgestopft. Und mittendrin lag ein total geschundener Mann.» Sofort kontaktierte sie einen Arzt und nach dessen Diagnose die Ambulanz. Wofür es höchste Zeit war. Denn Horvat hatte nicht nur einen Leistenbruch, sondern litt auch an einer gefährlichen Hodenverschiebung in die Bauchgegend. Notoperiert im Churer Kantonsspital, sagt der Beerenpflücker heute: «Vielleicht hat Jurić mein Leben gerettet.» Aber auch: «Was bei Beiner passiert, ist für mich klar kriminell!»

Tatsächlich handelte der Früchtebetrieb auch nach Horvats OP skandalös. Er schickte den frisch Verarzten einfach nach Kroatien zurück. Dies, obwohl er Anrecht auf Krankentaggelder hätte und obwohl sein Anstellungsvertrag nachweislich erst im November enden würde. Ohnehin sind kranke Mitarbeitende durch Schonfristen vor einer Entlassung geschützt. Doch Beiner hat eine eigene Methode, mit diesem Problem umzugehen: Eine ordentliche Kündigung stellte die Firma Erntearbeiter Horvat nie zu. Und work-Recherchen zeigen: Horvat ist kein Einzelfall.

## ARBEITER VERPRÜGELT

So musste im August ein junger Arbeiter, dem zuvor eine offene Wunde genäht worden war, viel zu früh wieder aufs Feld. Schon nach wenigen Stunden platzte die frische Naht, so dass inmitten der Himbeerstauden das Blut spritzte, wie zwei seiner Kollegen erzählen. Einen Bandscheibenvorfall erlitt Petar Nikolic\* (34), ebenfalls Kroat. Zu work sagt er, warum: «Wir leisten jeden Tag, bei jedem Hundswetter über 12 Stunden Schwerstarbeit. Dass wir dabei kaputtgehen, ist nur logisch, denn Maschinen sind wir nicht.» Wenige Tage nach diesem Statement erhielt Nikolic Bescheid von der Zürcher Hirslanden-

Klinik: Er müsse dringend operiert werden. Die Folge: Die Beerenfirma drängte den Verletzten, nach Kroatien zurückzureisen – auf eigene Kosten und wieder ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Am Telefon erklärt Nikolic: «Bei Beiner werden ständig Leute krank oder holen sich einen Leistenbruch. Aber nur wenige wollen zum Arzt.» Dies, weil man dann schnell «aussortiert» werde. Und noch weniger Leute hätten den Mut, sich frei zu äussern.

Fortsetzung auf Seite 4

## Bistum Chur: Jetzt soll der Staat ran!

Einmal im Jahr musste Beerenpflücker Petar Nikolic\* zum Grossputz der Arbeiterunterkünfte. Dann nämlich, wenn sich hoher Besuch aus Chur abzeichnete. Das dortige Bistum ist nämlich Grossgrundbesitzer und verpachtet über die Stiftung Mensa Episcopalis Curiensis das Land. Auch an die Beerenfirma Beiner, die zudem Mieterin bischöflicher Liegenschaften ist. Dass diese teils komplett überfüllt waren, merkten die Geistlichen aber nicht. Pflücker Nikolic erklärt, wieso: «Wir hatten Befehl zu vertuschen, dass wir wie die Tiere leben.»

**WÜRDE DES MENSCHEN.** Letzte Woche informierte die Unia das Bistum über die Zustände auf seinem Besitz. Sprecher Giuseppe Gracia sagt zu work: «Selbstverständlich gehen wir davon aus und erwarten, dass Pächter sich an das staatliche Recht halten und die Würde des Menschen umfassend wahren.» Und falls es zu Verstössen gekommen sei, so Gracia, liege es am Staat, mit rechtlichen Zwangsmitteln einzugreifen. (jok)

## Beiner + Berther Der Clan schweigt

work hat sämtliche Verantwortlichen der Beiner + Berther AG mit den erhobenen Vorwürfen konfrontiert und ihnen die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben. Doch der Clan selbst schweigt. So schien Geschäftsführer Daniel Perret unseren Telefonaten tagelang systematisch auszuweichen. Dann wünschte er die Fragen plötzlich schriftlich, äusserte sich zuletzt aber nicht persönlich. Sein Stellvertreter Christian Thöny wiederum sprach zuerst in den höchsten Tönen von der Firma, wurde dann kleinlaut und nahm später alles Gesagte zurück. Ebenso Betriebsleiter Patrick Beiner. Und Arzt Aycardo Pineda behauptete bloss, den Namen Beiner «nie gehört» zu haben.

**FREIWILLIG?** Aufseher «Gino» wiederum sagte, er behandle Mitarbeitende gleich wie früher zu Jürg Beiners Zeiten. Mehr nicht. Nur Personalvermittler «Balthasar» war gesprächiger. Zunächst beschimpfte er Unia-Frau Juric als «dumme Kuh», die grundlos Leute aufhetze. Dann gab er zu, dass er «wie ein Bruder» der Familie Beiner sei und mit Gino Arbeiterinnen und Arbeiter aus Osteuropa herhole. Dies tue er allerdings freiwillig und gratis. Alle anderen Anschuldigungen seien falsch.

Zu guter Letzt nimmt die Beerenfirma doch noch Stellung. Und zwar über einen plötzlich aufgetauchten «Medienverantwortlichen». Dieser heisst Thomas Hobi, arbeitet bei einer grossen PR-Agentur und wird dort als «Experte für Krisenmanagement und Krisenkommunikation» geführt.

**HALB SO SCHLIMM?** Hobi schreibt work: 1. Mladen B. alias Balthasar sei weder Angestellter noch Beauftragter der Firma und erhalte daher auch keine Leistungen von ihr. 2. Bei den monatlichen Krankenkassenabzügen handle es sich «um einen Betrag, in dem verschiedene Leistungen im Gesundheitsbereich begriffen sind». Neben der Krankenkassenprämie gehörten auch Arzt-, Transport-, Administrations-, Selbstbehalts- und Übersetzungskosten dazu. 3. Es gelte eine dreimonatige Probezeit. Die Differenz zum NAV, der nur 2 Wochen zulässt, sei «übersehen» worden. Der Passus werde auf die kommende Saison angepasst. 4. Die Schlafzimmer der Mitarbeitenden seien unterschiedlich gross, man könne die Zimmerpartner frei wählen und habe Zugang zu Waschmaschinen und Tumbleren. Die Unterkünfte würden regelmässig gereinigt, und wegen Corona habe man mehr Liegenschaften gemietet. Unbeantwortet blieb die Frage, wie viele Personen maximal in einem Raum untergebracht würden. 5. Zur Kündigungspraxis meint Hobi: «Wenn wir von unserer Seite her ein Arbeitsverhältnis auflösen, halten wir uns an die gesetzlichen Regelungen.»

**IM ÜBLICHEN RAHMEN?** Es komme allerdings «hin und wieder» vor, dass Mitarbeitende «von sich aus den Wunsch äussern», die Firma vor Vertragsende zu verlassen. Und warum werden 6. auf Überstunden keine Ferienzuschläge bezahlt? Dies sei «eine übliche Abrechnungspraxis», so der Krisenkommunikator. (jok)

\* Alle Namen geändert



Schinderei... Fortsetzung von Seite 3

Genau das tat allerdings eine junge Küchen- und Putzgehilfin im Stundenlohn. Sie war nicht bereit, sieben Tage die Woche zu arbeiten. Mit Konsequenzen, wie sie erklärt: «Als Strafe wurde ich fertiggemacht und nur noch selten aufgebeten.» Was aber noch heilig sei im Vergleich zu dem, was anderen widerfahren sei. So habe der langjährige Kadermitarbeiter und Aufseher mit dem Spitznamen «Gino» einmal vor ihren Augen einen jungen Portugiesen verprügelt. Und ihm dann sogar mit dem Tod gedroht. Den Angriff bestätigen mehrere Mitarbeitende. Ein polnischer Arbeiter erklärt: «Gino ist der Mann fürs Grobe, er treibt die Leute an, manchmal auch mit Beschimpfungen oder Schlimmerem.» Ein lukrativer Job: Für seine Treiberdienste erhält Gino von Beiner brutto fast 12 000 Franken im Monat – pauschal, wie der entsprechende Lohnausweis belegt.



HUNGERLÖHNE UND MASSENLAGER

Hundsmiserabel sind dagegen die Löhne der Getetzten. Vielen wird Ende Monat ein Betrag zwischen 1000 und 3000 Franken überwiesen. Und das geht so: Oft beträgt der Stundenlohn 14.40 Franken. Dazu kommt 1 Franken 20 Ferienentschädigung pro Stunde. Was auf dem Papier dem minimalen Richtwert entspricht. Doch die Beerenfirma kennt viele Tricks. Zum Beispiel bei den Überstunden: Sie werden nicht etwa besser, sondern schlechter bezahlt. Nur eine kleine Gruppe von Vertrauten Ginos erhält 25 Prozent Lohnzuschlag für Überzeiten. Beim Rest heisst es in den Arbeitsverträgen dagegen: «Für Überstunden werden keine Lohnzuschläge und keine Ferienentschädigung bezahlt.» Wer also mehr als die 239 Stunden pro Monat arbeitet, die der kantonale Normalarbeitsvertrag für die Landwirtschaft (NAV) zulässt, erhält weniger für die Mehrarbeit. Das rechnet sich: Bei vielen Beiner-Saisoniers sind 60 oder mehr Überstunden die Norm.

Weiter schrumpft der Lohn durch falsche Krankenkassenabzüge. Sie liegen nachweislich bis zu 100 Franken höher als die entsprechenden Policen der Krankenkasse ÖKK. Damit nicht genug: Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter zahlen monatlich fast 1000 Franken für Kost und Logis. Und über diese Kost sagt eine Beiner-Köchin: «Wir machen eigentlich nur Pasta, Reis oder Bohnen an Tomatensauce, manchmal gibt's etwas Billigfleisch, immer aber zu wenig.» Das bestätigt der verletzte Pflücker Nikolic: «Hätten wir uns nicht auch noch selbst gepflegt, wären wir längst verhungert.» Die Unterkünfte wiederum sind ein einziges Massenlager. Dicht an dicht schlafen auch in Zeiten von Corona Frauen und Männer in engsten Zimmern, teils auf blossen Matratzen am Boden (siehe Video [rebrand.ly/massenlager](#)).

Die Arbeitsverträge enthalten aber noch weitere Gaunereien. So zum Beispiel Probezeiten, die sechsmal höher sind, als es der NAV erlaubt. Oder verbotene Überstunden-Marathons für GAV-geschützte Landmaschinenmechaniker.

BALTHASARS KOPFPRÄMIEN

Bei Gaunereien bleibt es aber nicht. Besonders in den letzten Tagen, im Zuge dieser Recherche, wurde mehreren Mitarbeitenden und Ehemaligen gedroht. Viele von ihnen hatten zuvor bei Beiner-Geschäftsführer Daniel Perret ihre korrekten Zahltag eingefordert. Eine Reaktion Perrets gab es nicht. Dafür wurde ein Ex-Mitarbeiter nachts von einem Auto verfolgt, in Bosnien wurde die Frau eines Pflückers eingeschüchert, und ein weiterer Ex-Arbeiter erhielt kommentarlos seine eigene Churer Wohnadresse zugeschickt. Absender war Mladen B. aus Landquart, genannt «Balthasar». Offiziell als Pneuhändler tätig, verbringt B. die meiste Zeit mit seinem guten Freund Gino, Beiners Mann fürs Grobe. Balthasar ist kein offizieller Angestellter der Beerenfirma. Dort kennt man ihn aber bestens. Denn Balthasar wohnt direkt neben den Beiner-Feldern und übernimmt mit Gino Überwachungsfunktionen. Er ist es auch, der mit Gino und einem dritten Compagnon seit langem Arbeitssuchende im Ausland rekrutiert. Das gibt er gegenüber work selber zu. Er habe aber noch nie einen Rappen genommen für diese Dienste und tue dies völlig uneigennützig. Mehrere Ex-Arbeiter sagen hingegen, sie hätten gesehen, wie das Trio immer Anfang Monat in bar abrechne. Balthasar erhalte jeweils eine monatliche Kopfprämie für jede von ihm gelockte Arbeitskraft. Und wenn die Leute sich kaputtgearbeitet hätten, seien es ebenso Balthasar und Gino, die die Leute zur Heimreise drängten.

Einer, der davon betroffen war, ist Beerenpflücker Zoltan Maric\*. Im Juni erlitt auch er auf den Beiner-Feldern einen Leistenbruch. Nach einem operativen Eingriff – und nachdem die Fäden von Doktor Pineda gezogen waren – traten Gino und Balthasar auf den Plan. Unter Androhung der Kündigung drängten sie den Verletzten zur Arbeit, obwohl er noch im Krankenstand war. Nach kurzer Zeit entzündete sich die frische Narbe, und der Pflücker musste gehen. Heute lebt Maric wieder in Bosnien. Er ist noch immer arbeitsunfähig.

Der Südkanton nimmt die SVP-Kündigungsinitiative an

# Was ist bloss mit dem Tessin los?

Die Mehrheit der Tessiner und Tessinerinnen sagt Ja zur Kündigung der Personenfreizügigkeit. Kein Wunder, denn das Tessin ist selbst im Vergleich mit der Ostschweiz eine Armutslohn-Region.

MARIE-JOSÉE KUHN

Ein grosser roter Flecken in der Abstimmungskarte der Schweiz: Das Tessin nimmt die SVP-Kündigungsinitiative mit 53,1 Prozent der Stimmen an. Es ist auch ein Sieg für die Lega dei Ticinesi. Ihr Aushängeschild, der rechte Hardliner-Regierungsrat Norman Gobbi, setzte sich im Abstimmungskampf voll für das SVP-Anliegen ein. Zum Beispiel in der italienischen Abstimmungszeitung der Blocher-Partei. Gobbi anerkennt zwar, dass das Tessin ohne italienische Grenzgängerinnen

«Die Lohnrücker im Tessin sind die Arbeitgeber.»

ANDREAS RIEGER, EX-UNIA-CO-PRÄSIDENT

und Grenzgänger nicht überleben könnte, zum Beispiel in den Spitälern. Er sieht aber kein Problem, sollte die Personenfreizügigkeit inklusive flankierender Massnahmen und Lohnschutz für alle gekündigt werden. Gobbi, der gleichzeitig SVP-Mitglied ist, macht erfolgreich fremdenfeindlich-nationalistische Politik. Und lässt seit längerem Hexenjagd machen auf italienische Arbeitnehmende im Tessin. Sein Justizdepartement verwehrt immer mehr von ihnen die Verlängerung der Aufenthaltser-

laubnis B oder auch der Grenzgängerbewilligung G. Das hat das Tessiner Fernsehen RSI aufgezeigt. Und gleichzeitig die «Schweizermacher»-Methoden entlarvt, mit denen die Polizei die Grenzgänger schikaniert und überwacht.

Um abzuklären, ob jemand mit einer Arbeitsbewilligung sein Lebenszentrum wirklich in der Schweiz hat, bespitzeln ihn die Tessiner Polizisten am Morgen früh und in der Nacht, ob Licht brennt in der Wohnung zum Beispiel. Und sie gehen auch unangemeldet vorbei, durchsuchen den Kühlschrank und die Wäsche. Dafür existiert zwar keine gesetzliche Grundlage, doch Gobbi gibt den Grenzgängerinnen und Grenzgängern die Hauptschuld für den herrschenden Lohndruck im Tessin. Und für die teils haarsträubend tiefen Löhne.

FEHLENDER MINDESTLOHN

Der ehemalige Co-Präsident der Unia, Andreas Rieger, hat sie mit jenen in der Ostschweiz verglichen, weil sich die ökonomischen Strukturen der beiden Regionen sehr ähnlich sind. Und stellt fest: Im Tessin ist der durchschnittliche Medianlohn (die Hälfte der Löhne liegen darüber, die Hälfte darunter) 12 Prozent tiefer als in St.Gallen, im Thurgau und in Graubünden. Die Unterschiede in den verschiedenen Branchen variieren allerdings stark: In der Textilbranche liegen die Tessiner Löhne sogar 37 Prozent unter dem Niveau der Ostschweiz (siehe Tabelle). Nur im Bau gibt es keine solche Lohndifferenz. Dies, obwohl dort sehr viele italienische Grenzgänger arbeiten. Rieger zu



diesem Phänomen: «Das hat eindeutig mit den guten Gesamtarbeitsverträgen auf dem Bau zu tun. Und mit den regelmässigen Lohnkontrollen.»

Mit anderen Worten: Es sind nicht die Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die die Löhne im Tessin drücken, sondern fehlende Gesamtarbeitsverträge, fehlende Lohnkontrollen und fehlende Mindestlöhne. Riegers Fazit lautet deshalb: «Die Lohnrücker im Tessin sind vor allem die Arbeitgeber und eine Wirtschaftspolitik, die auf tiefe Löhne setzt und auf Steuergeschenke für Firmen. Umso wichtiger wäre es, wenn der Südkanton jetzt endlich einen gesetzlichen Mindestlohn einführen würde.»

MONATSLOHN: 1800 FRANKEN

Vor fünf Jahren stimmte das Tessin einem kantonalen Mindestlohn zu. Er sollte Ende 2021 in Kraft treten und (je nach Sektor) zwischen 19 Franken und 19 Franken 50 pro Stunde betragen. Doch 11 Tessiner Firmen machten Rekurs dagegen. Seither ist die Sache beim Bundesgericht hängig.

Doch wer sind diese Firmen? «Area», die Tessiner Unia-Zeitung, hat die Liste der Lohnrücker publiziert:

- Zum Beispiel das Abfüll- und Verpackungsunternehmen Gipiennie SA in Stabio. Berühmt-berüchtigt bei der Tessiner Unia für seine miesen Löhne: 1800 Franken pro Monat verdienen dort Mitarbeitende in den ersten drei Probemonaten. Für einen 100-Prozent-Job! Danach erhalten die Frauen 2100 Franken und die Männer 2400. Das höchste Lohngefühl beträgt bei Gipiennie 3100 Franken.
- Oder die Ligo Electric, die grenznah unter anderem Haarföhns der Marke Valera als «made in Switzerland» produziert. Frauen verdienen dort 15 Franken 98 pro Stunde, das sind rund 2700 Franken pro Monat. Und Männer zwischen 18 und 21 Franken. Je nach Euro-Franken-Kurswechsel schwankend!

Wer solche Firmen duldet, die solche Lohnrückerei erzeugen, muss sich über solche Abstimmungsergebnisse nicht wundern.

VERGLEICH LÖHNE IM TESSIN UND IN DER OSTSCHWEIZ (2018)

Branche	Median Tessin	Differenz zur Ostschweiz
Alle	5363 Fr.	-12%
Industrie	4494 Fr.	-27%
Textil, Bekleidung	3320 Fr.	-37%
Metall	4471 Fr.	-27%
Elektro, Uhren	3655 Fr.	-45%
Energieversorgung	7144 Fr.	- 2%
Bau	5956 Fr.	0%
Grosshandel	5404 Fr.	-11%
Detailhandel	4541 Fr.	- 8%
Gastronomie	4042 Fr.	-10%
Verkehr, Lagerei	4940 Fr.	-10%
Banken, Versicherungen	7569 Fr.	- 7%
Freiberufliche Dienstleistungen	5958 Fr.	-19%
Forschung/Entwicklung	5983 Fr.	-29%
Öffentliche Verwaltung	7302 Fr.	- 8%
Gesundheitswesen	5945 Fr.	- 7%
Sonstige Dienstleistungen	4845 Fr.	-19%

QUELLE: ANDREAS RIEGER, AREA

Die Coronakrise stärkt die Solidarität

## Genf: Endlich 23 Franken Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn fasst Fuss: Genf stimmt zu, schon als vierter Kanton. Basel und Zürich machen vorwärts. Und auch in der EU hat der Wind gedreht.

CHRISTIAN EGG

Alejo Patiño von der Unia Genf kann es kaum fassen: Nein, so viel Zustimmung hätte er nicht erwartet: 58 Prozent sagen im dritten Anlauf Ja zur Volksinitiative der Gewerkschaften. Jetzt gilt: keine Löhne mehr unter 23 Franken. Das gibt 4182 im Monat. Schon ab Ende Oktober will der Regierungsrat die neue Regelung umsetzen. Patiño sagt: «Das ist ein grosser Sieg für die 30 000 Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen, die bisher von einem prekären Lohn leben mussten.» Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen.

ÜBER DEN RÖSTIGRABEN. Die Coronakrise hat die Messestadt Genf besonders hart getroffen. Tausende mussten für Nahrungsmittelpakete anstehen. Patiño: «Das hat in



PREKÄRE JOBS: Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen. FOTO: KEYSTONE

der Stadt die Solidarität gestärkt. Viele haben erst jetzt realisiert, dass Menschen zu 100 Prozent arbeiten und doch nicht von ihrem Lohn leben können.»

Nach Neuenburg, Jura und dem Tessin (siehe Text oben) ist Genf der vierte Kanton, der einen Mindestlohn an der Urne annimmt. Jetzt geht es in der Deutschschweiz weiter: Demnächst diskutiert das Kantonsparlament in Basel-Stadt die Volksinitiative der Gewerkschaften, an die Urne kommt

sie voraussichtlich nächstes Jahr. Und im Kanton Zürich sammeln die Gewerkschaften in drei Städten Unterschriften. Die Forderung ist überall dieselbe wie in Genf: keine Löhne unter 23 Franken.

FRISCHER WIND. Auch in der EU nimmt die Diskussion wieder Fahrt auf. Zwar kennen schon jetzt 22 Staaten gesetzliche Mindestlöhne. Aber sie sind tief. Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert einen Mindestlohn, der mindestens 60 Prozent des mittleren Lohnes im Land beträgt. In Deutschland wären das 12 Euro pro Stunde – aktuell liegt der Mindestlohn aber nur bei 9 Euro 35.

Im vergangenen Januar nahm sich die neue EU-Kommission des Mindestlohns an. Sie startete eine Vernehmlassung – der erste Schritt zu einer Gesetzgebung. Im Kern nahm die Kommission exakt die 60-Prozent-Forderung der Gewerkschaften auf und stellt sie zur Diskussion. Unia-Ökonom Beat Baumann freut sich und sagt: «In der EU hat der Wind gedreht.»



Das Volk weist das «Volch» in die Schranken

# Die Schweizerische Verlierer-Partei

**Die grosse Verliererin der Abstimmung: die Blocher-Partei. Der Absturz der Kündigungsinitiative schwächt sie erheblich. Und jetzt will ihr Führer Christoph Blocher nicht mal mehr für die Partei zahlen.**

CLEMENS STUDER

Es gibt in unserem Land einige Unorte. Rothrist AG gehört dazu. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts verliess ein Drittel der Bevölkerung das Dorf Richtung New Orleans USA. Als Wirtschaftsflüchtlinge, wie die SVP sagen würde. In den vergangenen 150 Jahren kamen dann die Bahnlinie und zwei Autobahnanschlüsse dazu, die das Dorf zerschneiden. Und der findige Unternehmer Robert Barth. Der Jurist entwickelte in den 1950er

**Die klare Ablehnung ihrer ehrlichsten Initiative ist eine Zäsur für die SVP.**

Jahren aus Milchserum ein Süssgetränk. Seither ist Rothrist Rivella-Town. Möbelhäuser gibt's auch. Am vergangenen Sonntag nahmen die Rothristener Stimmberechtigten die Kündigungsinitiative deutlich an. Und lehnten den Vaterchaftsurlaub ebenso deutlich ab. Und im «Pöstli» versammelten sich SVP-Anhänger zum «Abstimmungshöck».

## SNHELL NACH ITALIEN

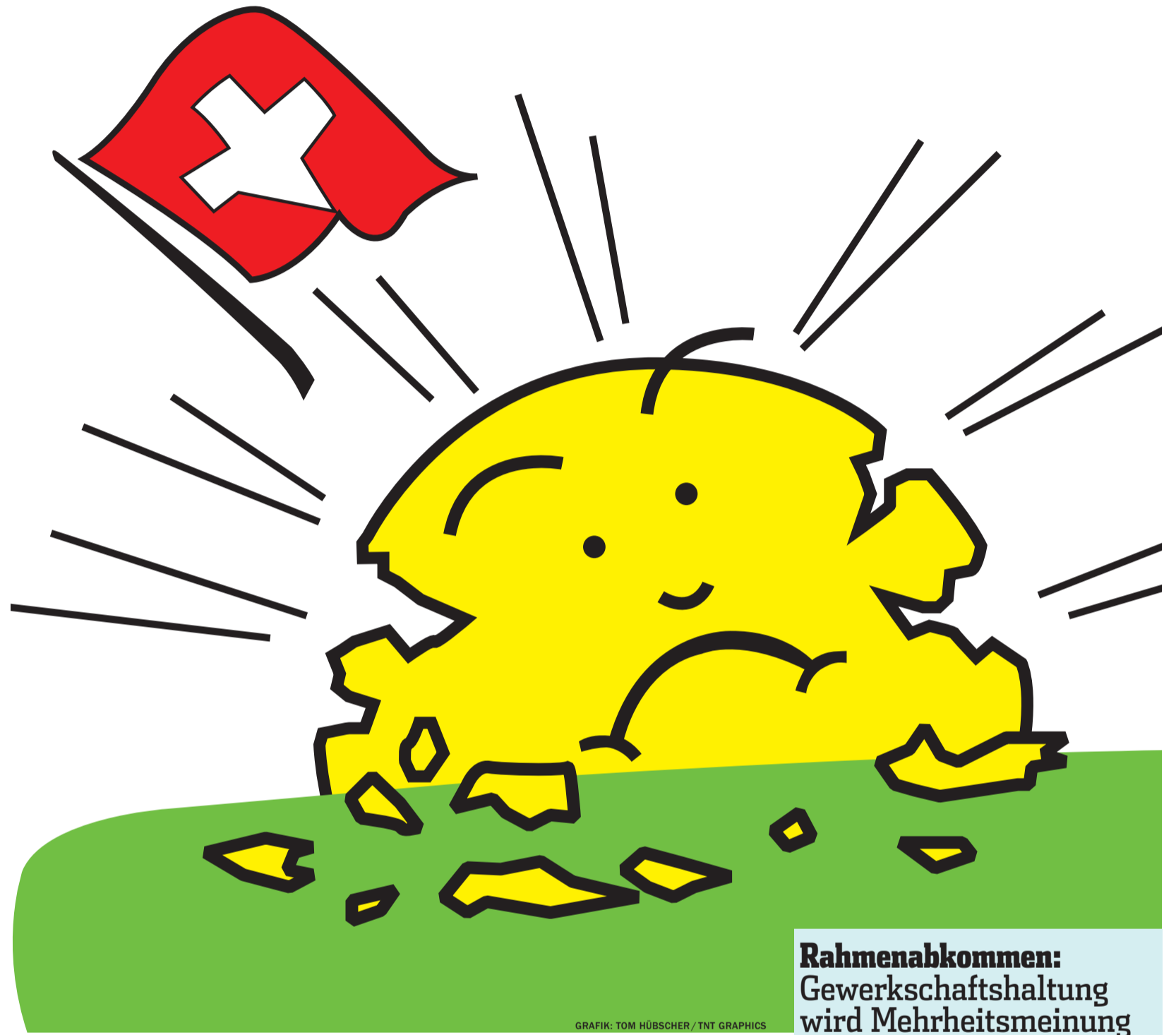
Das Rothristener «Pöstli» heisst offiziell Restaurant Pöstli «la Colomba». Werbeslogan: «Der schnellste Weg nach Italien». Das Pouletfleisch kommt aus Ungarn. Und kann «mit Hormonen, Antibiotika und/oder anderen antimikrobiellen Leistungsförderern erzeugt worden sein». Tauben stehen keine auf der Speisekarte. Das neue Jagdgesetz haben selbst die Rothristenerinnen und Rothristener abgelehnt. Ab 10.30 Uhr gab's für die Angereisten von der SVP einen Brunch vom Buffet. Nicht die ideale Verpflegungsform in Coronazeiten. Aber für die Blocher-Partei ist das Covid-19-Virus ja sowieso nur ein «Chäfer». Ab 12 Uhr sendete dann das SRF aus dem «Pöstli». Entweder hatten die TV-Leute bei der Beleuchtung gespart. Oder der «Pöstli»-Saal ist ein ziemlich düsterer Laden. So düster wie die Mienen der SVP-Vertreterinnen und -Vertreter beim Eintreffen der Resultate.

## OHREIFEIGEN-WETTER

Nur 38,29 Prozent der Stimmenden sagten Ja zur SVP-Begrenzungsinitiative. Das sind gerade mal 2,6 Prozent mehr, als im November 1989 die Armee abschaffen wollten. Eine heftige Ohrfeige für die Partei, die sich als alleinige Vertreterin des «Volchs» inszeniert. Sie hat seit Jahren Initiative um Initiative lanciert. Einige kamen durch und waren nicht umzusetzen, weil sie so schwammig und schludrig formuliert waren. Absichtlich. So konnte die Partei die Empörung über die Einwanderung weiterhin bewirtschaften. Doch dann ging sie auf tutti und lancierte die «Begrenzungsinitiative» – die unmissverständlich die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU verlangte. Und damit das Ende der flankierenden Massnahmen, die Löhne und Arbeitsbedingungen in der Schweiz schützen. Die klare Ablehnung ihrer bisher ehrlichsten Initiative ist eine Zäsur für die SVP.

## DER HERBST DES PATRIARCHEN

Christoph Wolfram Blocher wird am 11. Oktober 80 Jahre alt. Offiziell hat er keine Funktion mehr in der Partei. Doch in der SVP geht nichts ohne ihn. Und vor allem nichts gegen ihn. Er setzte den glücklosen Parteipräsidenten Albert Rösti ab. Doch die Nachfolge war ein Eiertanz. Kurz vor Schluss waren einzig der geerdete Alfred Heer aus dem Zürcher Arbeitermilieu und der Aargauer Hetzer Andreas Glarner im Rennen. Beide



GRAFIK: TOM HÜRSCHER / TNT GRAPHICS

passten dem Oligarchen in Herrliberg nicht. Die sogenannte Findungskommission musste zaubern. Darum ist jetzt Marco Chiesa SVP-Präsidentarsteller. Von Blochers Gnaden. Wer Chiesa öffentlich auftreten sieht, fühlt sich an Michail Gorbatschow erinnert. Bemüht, aber hilflos. Irgendwie «Chef» eines Niedergangs.

## ALTERSGEIZ?

Doch die Präsidentenkür ist nur ein Zeichen für die Verwerfungen in der SVP. Denn offensichtlich geizt Blocher unterdessen auch mit dem Geld für seine Partei. Und will seine Bundesratsrente doch noch kassieren. Dafür, dass die Kündigungsinitiative quasi als «Mutter aller Schlachten» angekündigt worden ist, war die Kampagne doch sehr dezent für frühere SVP-Verhältnisse. Oder, wie es der ehemalige SP-Präsident Peter Bodenmann im SVP-Magazin «Weltwoche» treffend formuliert hat: «Blocher hat die Spendierhosen in den Schrank gehängt.» Ohne Moos nichts los, wie sie in Deutschland sagen. Von dorthier ist Blochers Grossvater als Pfarrer einst eingewandert, faktisch ausgewiesen wegen Unflätentum. Er fand dann Asyl im Berner Oberland und wurde zum Stammvater einer Sippe, die unterdessen seit Jahrzehnten so tut, als hätte sie schon beim Rütli-Chapli verkauft. Mit Sünneli-Chapli. Jetzt macht es einen Lätsch. Das Sünneli. Dabei war es einst so strahlend aufgegangen.

## AUFSTIEG

1992 lehnte die Schweizer Stimmbewölkerung einen Beitritt zum EWR, dem Europäischen Wirtschaftsraum, ab. Hauchdünn. Angeführt wurden die EWR-Gegner vom damaligen Zürcher SVP-Kantonspolitiker Christoph Blocher. Die entscheidenden Nein-Stimmen trommelten rechte SP-Mitglieder wie Ruedi Strahm und die Grünen zusammen.

Die wirtschaftlichen Folgen waren dramatisch. Für Lohnabhängige folgten Jahre der Stagnation. Doch für Blocher zahlte es sich aus. Er übernahm die SVP Schritt für Schritt. Wandelte sie im Lauf

**Eines von Blochers grössten Kunststücken war, die Medien auf seine Seite zu bringen.**

der Jahre in eine straff leninistische Partei. Auf ihn, den Führer, zugeschnitten. Er drängte bürgerliche Kräfte aus der Partei, gänzelte die nicht radikalisierten Kantonalparteien. Gründete oder übernahm Frontorganisationen wie die Auns. Und er trieb die FDP vor sich her, kaperte den Gewerbeverband.

Eines seiner grössten Kunststücke war, die Medien auf seine Seite zu bringen. Bis heute pilgern die Medienleute nach Herrliberg. Sie werden das wohl auch noch machen, wenn es Blocher nicht mehr gibt. Ab den nuller Jahren lud Blocher ausgewählte Journalisten auf sein Schloss Rhäzüns ein. Viele davon sind unterdessen in führenden Medienpositionen und nach wie vor fasziniert vom SVP-Führer.

## AUFGESOGEN

Es gibt in jeder westlichen Gesellschaft rund einen Drittel Menschen, die sich von Rechtsausserparolen begeistern lassen. Die historische Leistung von Blocher bleibt, sie in der Schweiz alle in die SVP geholt zu haben. Die Faschisten von den Republikanern, die naturschützerisch bewegten Rassisten der Nationalen Aktion, die PS-Protzler der Autopartei. Sie alle hat die SVP aufgesogen und integriert. Gleichzeitig hat Blocher es über Jahre geschafft, die historische Basis der SVP bei der Stange zu halten: die Bauern. Zugeschüttet mit Subventionen, geschützt vor wirklich wirksamen Umweltschutzmassnahmen.

## Rahmenabkommen: Gewerkschaftshaltung wird Mehrheitsmeinung

Am 29. März 2019 schrieb work: «Noch ist das Rahmenabkommen mit der EU nicht offiziell tot. Aber es riecht immer strenger.» Nachzulesen hier: [rebrand.ly/riechtstreng](https://www.work.ch/rebrand.ly/riechtstreng). 19 Monate später ist definitiv klar, dass das Rahmenabkommen mit der EU in der vorliegenden Form tot ist. Die Mehrheit der Sozialpartner lehnt es ab. Weil FDP-Bundesrat Ignazio Cassis die vom Bundesrat – in Absprache mit den Sozialpartnern definierten – roten Linien überschritten hat. Er gab die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen auf.

**ES BRÖCKELT.** Die Gewerkschaften reagierten auf diesen Vertrauensbruch rasch und vehement: Dieses Abkommen gibt's mit uns nicht. Unterdessen ist das die Meinung fast aller Parteien und Arbeitgeberverbände. Einzig die rechten Grünen von der GLP stehen noch uneingeschränkt hinter dem ausgehandelten Abkommen. Denn unterdessen bröckelt auch die Unterstützung in der FDP. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist ein Gastbeitrag von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann in der NZZ. Bemerkenswert deshalb, weil Schneider-Ammann, als er noch im Amt war, Seite an Seite mit Cassis für die Aufgabe der flankierenden Massnahmen eintrat. Das tut er jetzt nicht mehr. Manchmal machen Rücktritte klüger. (cs)

Die Erfolge seiner Partei liess sich Blocher etwas kosten. Die Partei- und Kampagnenarbeit der SVP wurde finanziert von Führer Blocher und seinen Milliardärsfreunden. Doch jetzt scheint Blochers Portemonnaie zu klemmen. Und die Falken stehen wie begossene Pudel im Restaurant Pöstli «la Colomba». Vor den Resten des Buffets. Das Licht löschten dann die Restaurantmitarbeitenden.



## SRG baut massiv Stellen ab

ZÜRICH. Es ist bereits die dritte Sparrunde in zwei Jahren. Die SRG will in den nächsten vier Jahren 250 ihrer derzeit 5500 Stellen abbauen. Die Mediengewerkschaft SSM ist besorgt: Der Sparbetrag von fast 50 Millionen Franken gehe fast vollständig auf Kosten der Mitarbeitenden. Diese müssten in der gleichen Zeit noch mehr produzieren, was der Qualität schade. In den Konsultationen zu bisherigen Sparplänen hätten die Mitarbeitenden Möglichkeiten aufgezeigt, um Kosten zu senken, ohne Personal abzubauen. Diese müsse die SRG nun voll ausschöpfen, so die SSM.

## Krankenkassenreserven abbauen

BERN. Über elf Milliarden Franken Reserven haben die Krankenkassen angesammelt. Das ist zu viel, sagt jetzt der Bundesrat. Er will ihnen erlauben, die Reserven deutlich zu verkleinern. Der Gewerkschaftsbund SGB begrüsst dies: «Die Reserven gehören den Haushalten.» Allerdings ist die Rückzahlung für die Kassen immer noch freiwillig. Das genüge nicht, so der SGB: «Die Kassen sollen verpflichtet werden, überhöhte Reserven abzubauen.»

## Nationalrat gegen faire Steuern

BERN. Das Kapitaleinkommen stärker besteuern als die Arbeit: Das will die 99-Prozent-Initiative der Juso. Der Nationalrat lehnte die Forderung ab, mit 123 zu 62 Stimmen. Nur SP und Grüne stimmten dafür. Mit einer Aktion vor der Villa von Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher (SVP) hatten die Juso ein paar Tage zuvor auf die Initiative aufmerksam gemacht. Die Forderung: «Wir wollen, dass das reichste Prozent endlich fair besteuert wird.» Heute werden Löhne stärker besteuert als Kapitaleinkommen.

## Disney: 28 000 Kündigungen

BURBANK (USA). Das ist brutal: 28 000 Mitarbeitende des Disney-Konzerns erhalten die Kündigung. Der Kahlschlag treffe die Vergnügungsparks, Ferien-



BYE BYE! Disney stellt Tausende auf die Strasse. FOTO: PNHRE

resorts und Kreuzfahrten, wie aus einer Mitteilung an die Belegschaft hervorgeht. Grund ist die Coronakrise: Zwar sind die meisten Parks unterdessen wieder offen, die Besucherzahlen sind aber eingebrochen. Von April bis Juni schrieb Disney 4,7 Milliarden Dollar Verlust. Es waren die ersten roten Zahlen seit 20 Jahren.

# Wie bricht man ein AKW ab? Mühleberg-Elektriker Peter Kauz betritt Neuland

## Vorher gab's Checklisten, jetzt Überraschungen



UMGEDREHT: Statt den Atommeiler am Laufen zu halten, arbeiten die Mitarbeitenden in Mühleberg jetzt am sogenannten Rückbau. FOTO: MANUEL STETTLER

## Das ist eine Schweizer Premiere: ein Atomkraftwerk abreißen. Elektriker Peter Kauz packt mit 64 die Herausforderung an.

CHRISTIAN EGG

Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit. Nach dieser Maxime hat Peter Kauz 40 Jahre lang gearbeitet. Denn an seinem Arbeitsplatz, dem Atomkraftwerk Mühleberg BE, können Fehler fatale Folgen haben. Der 64-jährige Elektriker sagt: «Wenn ich in der Anlage ein Kabel oder einen Schalter ersetzte, nahm ich mir oft eine Stunde Zeit, um noch-

## Von den 300 Mühleberg-Mitarbeitenden sind fast alle für die Jahre des Abbruchs geblieben.

mals alles zu checken. Es zählte die Qualität, nicht die Geschwindigkeit.»

Das ist jetzt anders. Im vergangenen Dezember stellte die Betreiberin BKW Mühleberg ab, im Januar begann der Abbruch. Natürlich gehe auch dieser wohlüberlegt vor sich, betont Unia-Mitglied Kauz. «Aber wenn wir jetzt etwas demontieren und eine Ecke geht kaputt, ist das nicht mehr massgebend.»

## NEULAND

Wie bricht man ein AKW ab, ohne dass Radioaktivität in die Umwelt gelangt? Bei der BKW dafür verantwortlich ist Stefan Klute, Projektleiter für die Stilllegung. Zwar profitiere man von den Erfahrungen in Deutschland, Spanien oder Schweden, wo derzeit auch Anlagen abgebaut würden, so Klute: «Da suchen wir uns die Puzzlestücke raus, die am besten zu Mühleberg passen.» Trotzdem betrete man Neuland, was von allen Mitarbeitenden ein Umdenken erfordere. Der BKW-Mann sagt es so: «Während des Betriebs gab es für alles Checklisten. Jetzt muss man mit Überraschungen rechnen.»

Zum Beispiel, als man auf dem Gelände einen Tank demontiert habe und darunter eine asbesthaltige Fuge

zum Vorschein gekommen sei. Die Folge: Baustop und eine Spezialfirma engagieren.

15 Jahre soll es dauern, bis der letzte Rest von Mühleberg verschwunden ist. Bisher liege man gut im Zeitplan, sagt Klute. Die radioaktiven Brennelemente habe man vom Reaktor ins Lagerbecken transportiert. Dort müssen sie weiter gekühlt werden, erst in vier Jahren wird der letzte Brennstab Mühleberg verlassen und ins Zwischenlager in Würenlingen AG gebracht. Ein Endlager für Atommüll gibt es immer noch nicht (siehe Artikel unten).

Parallel dazu räumt die BKW das Maschinenhaus leer. Dort, wo vorher Generatoren den heissen Dampf aus dem Reaktor zu Strom machten, hat sie bis jetzt knapp 2000 Tonnen Material demontiert und abtransportiert.

## TIEFERE LÖHNE

Derzeit arbeiten rund 300 Menschen in Mühleberg. Etwa gleich viele während des Betriebs. Fast alle sind geblieben, etwa 50 haben sich umschulen lassen. Projektleiter Klute: «Unser Ziel ist es, möglichst viele Arbeiten mit eigenen Leuten auszuführen. Denn die kennen die Anlage am besten.» Er sagt aber auch: Früher habe es viele Ingenieurinnen und Ingenieure gebraucht, künftig sei mehr Handwerk gefragt. Mit entsprechend tieferen Löhnen.

Peter Kauz blieb. Vor zwei Jahren fragte ihn die BKW, ob er nicht ins Demontage-Team wechseln wolle. Er wollte. Obwohl er Anfang nächsten Jahres pensioniert wird. Er sagt: «Es hat mich gereizt, noch etwas ganz Neues zu machen.» Jetzt kümmert er sich um die Sicherheit seiner Kollegen. Sorgt etwa dafür, dass ein Geländer gebaut wird, wenn an einer Stelle ein Abgrund entsteht, wo ein Bauteil bereits demontiert wurde.

Dass er jetzt seinen eigenen Arbeitsplatz langsam verschrottet, stört ihn nicht: Als er hier angefangen habe, sei man von einer AKW-Laufzeit von 40 Jahren ausgegangen. «Ich habe eigentlich nicht damit gerechnet, den Rest meines Berufslebens hierzubleiben.»



Elektriker Peter Kauz. FOTO: ZVG

## Für die Kosten hofft der Bund auf Erträge am Finanzmarkt

# Atommüll-Endlagerung: Alles unklar

1969 ging das erste Schweizer AKW ans Netz. Und schon fast so lange drücken sich Atomwirtschaft und Politik um die Frage, was mit dem radioaktiven Abfall passieren soll.

CHRISTIAN EGG

Das Versprechen war klar. Der Bundesrat legte es 1978 sogar in einem Bundesbeschluss fest: Bis im Jahr 1985 muss gewährleistet sein, dass radioaktiver Abfall «dauernd und sicher» in einem Endlager entsorgt werden kann. Sonst gebe es ab dann keine Betriebsbewilligung mehr für die fünf Schweizer AKW.

Es kam anders. Heute laufen vier AKW immer noch, Mühleberg wird stillgelegt (siehe Text oben). Und die Schweiz hat noch immer

kein Endlager für Atommüll. Es ist noch nicht einmal klar, wo es gebaut werden soll.

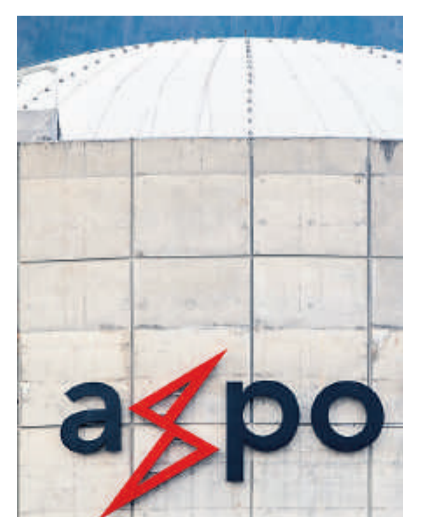
## REICHT DAS GELD?

Genauso unklar ist, ob das Geld für die Entsorgung ausreicht. Zwar müssen die AKW-Betreiberinnen in zwei Fonds einzahlen, die dereinst Stilllegung und Entsorgung bezahlen sollen. 8,5 Milliarden Franken liegen derzeit darin. Doch die Gesamtkosten, so die Schätzung des Bundes, werden bei 22,2 Milliarden liegen.

Alles im grünen Bereich, sagen der Bund und die AKW-Firmen. Denn die Beiträge würden weiter fließen. Zudem würden die Fonds am Finanzmarkt 11 Milliarden Erträge erwirtschaften, bis das Geld

gebraucht werde. Simon Banholzer, Atomspezialist von der Schweizerischen Energiestiftung, teilt diesen Optimismus nicht. Der Bund gehe davon aus, dass die Fonds auf ihrem Kapital jährlich 2,1 Prozent Rendite erzielen könnten. Das sei «ziemlich optimistisch». Zum Vergleich: Der Mindestzinssatz für Pensionskassen liegt seit bald vier Jahren bei einem Prozent.

Zudem, so Banholzer: «Was ist, wenn in 10 Jahren AKW-Betreiberinnen wie Alpiq oder Axpo gar nicht mehr existieren, weil sie konkursgegangen sind?» Zwar müssten in einem solchen Fall die anderen Betreiber solidarisch haften. Aber wenn sie die Kosten nicht stemmen können, muss die Bundeskasse einspringen. Das heisst: wir alle.



WACKLIG: Jahrzehntlang kassierten die AKW-Betreiber. Zahlen sie jetzt die Müll-Entsorgung? FOTO: KEYSTONE



Eine Berner Fotografin entlarvt den Multi Lafarge Holcim

# Mit Fotos gegen einen Zementriesen



**In Indien chrampfen schlecht entlohnte Arbeiterinnen und Arbeiter für den Konzern Lafarge Holcim. Die Berner Fotografin Karin Scheidegger hielt dies mit der Kamera fest. Und bekam Ärger.**

RALPH HUG

Ein reiches Land von armen Leuten: So nennt Fotografin Karin Scheidegger die Region Chhattisgarh im Nordosten Indiens. Reich, weil es dort haufenweise Bodenschätze gibt. Arm, weil die Bevölkerung wenig davon hat. Wer profitiert, sind Konzerne wie Lafarge Holcim. Der Zementmulti mit Sitz im sanktgallischen Rapperswil-Jona beutet nicht nur die Rohstoffe aus, sondern auch die Menschen. Scheidegger reiste zweimal nach Indien. Sie erinnert sich: «Vor meiner Reise hatte ich nicht viel mit Holcim am Hut.» Nachher aber umso mehr. Denn die Fotografin zog sich sofort Scherereien mit Polizei, Behörden und privaten Sicherheitskräften zu. Nur weil sie begann, sich für das Schicksal der Tagelöhner und Leiharbeiterinnen zu interessieren. Ihre Erfahrungen hat sie nun in einem Reportagemagazin aufgearbeitet, das die Unia mit einem Beitrag unterstützt hat.

Die indischen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter stehen auf der untersten Stufe

## Konzernverantwortungsinitiative: Darum geht's

Konzerne mit Sitz in der Schweiz müssen bei ihren Geschäften die Menschenrechte achten und die Umweltstandards einhalten. Bei Verstössen sollen sie für die entstandenen Schäden haften. Das verlangt die Konzernverantwortungsinitiative, die am 29. November zur Abstimmung gelangt ([konzern-initiative.ch](http://konzern-initiative.ch)). Sie wurde von Entwicklungs-, Umwelt- und kirchlichen Organisationen lanciert. Auch der Gewerkschaftsbund und die Unia unterstützen sie.

**KRITIK.** Im Parlament setzte sich die Konzernlobby durch, die gar keine Einschränkungen will. Im Juni scheiterte sogar ein Alibi-Gegenvorschlag, der keine Haftung, sondern bloss eine Pflicht zur Berichterstattung vorsah. Konzerne, die wegen ihrer ruchlosen Haltung immer wieder im Schussfeld der Kritik stehen, sind etwa der Minenmulti Glencore, der Zementriese Lafarge Holcim oder der Agrochemiekonzern Syngenta. (rh)



**FOTOREPORTAGE: «Rich Lands of Poor People» von Karin Scheidegger (unten rechts) ist jetzt in Form eines 190seitigen Magazins erschienen. Das Magazin können Sie hier bestellen: [karinscheidegger.ch/klick](http://karinscheidegger.ch/klick)**

der Arbeitswelt. Sie verdienen nur einen Drittel des Lohns von Festangestellten und sind weitgehend rechtlos. Zwar kümmert sich die indische Gewerkschaft PCSS um sie. Doch diese kann nicht viel ausrichten. Wer sich gegen Ausbeutung

## «Ja zur Konzernverantwortungsinitiative am 29. November!»

FOTOGRAFIN KARIN SCHEIDEGGER

wehrt, bekommt es schnell mit den Behörden zu tun. So auch Fotografin Scheidegger. Als sie zusammen mit einem indischen Begleiter von der Strasse aus die Holcim-Fabrik fotografieren wollte, wurden sie von einem Sicherheitsmann des Unternehmens attackiert. Dieser war im Dorf berüchtigt für seine Übergriffe. Die Fotografin wollte daraufhin Klage bei der Polizei einreichen. Doch die Beamten wurden erst aktiv, als lokale Journalisten auftauchten, die vom Vorfall gehört hatten. Vom Polizeichef bekam Scheidegger nur zu hören: «Hier gibt's für Touristen nichts zu sehen!» Als eine Klage von Holcim wegen angeblichen Hausfriedensbruchs einging, setzte die Polizei Scheidegger und ihren Begleiter fest.

So wurde die Schweizer Fotografin zu einem öffentlichen Fall, über den auch das indische Fernsehen berichtete. Das Gute daran: Auch der Kampf der Leiharbeitenden gegen Lohnraub und Diskriminierung wurde nun zu einem Thema.

## KLEINE FORTSCHRITTE

Als Karin Scheidegger zwei Jahre später wieder nach Indien reisen wollte, erhielt sie kein Einreisevisum mehr. Ohne Begründung. Doch es ist klar, warum. Recherchen über skandalöse Zustände sind nicht nach

dem Gusto der indischen Behörden. Sie wollen viel lieber kapitalkräftige Investoren anlocken, die Geld ins Land bringen. Menschenrechte kommen erst an zweiter Stelle.

Dennoch gibt es kleine Fortschritte. Die Leiharbeiter-Gewerkschaft konnte sich trotz allen Widrigkeiten Gehör verschaffen – nicht zuletzt mit Hilfe der Unia, die sie in ihrem Kampf unterstützt. Die PCSS hatte bereits im Jahr 2012 eine Klage eingereicht, um die damalige Holcim zur Einhaltung der freiwilligen OECD-Leitsätze für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung zu bewegen.

## EINREISEVERBOT

Das Verfahren endete 2016 mit einer Vereinbarung. Holcim stellte tatsächlich einen Teil der Leiharbeitenden zu besseren Bedingungen an, wendete aber ansonsten einen Trick an: Sie heissen heute einfach «outsourced workers», ausgelagerte Arbeitende. Doch sie verdienen nach wie vor bedeutend weniger als Festangestellte und bleiben diskriminiert. Fotografin Karin Scheidegger sagt: «Die grundlegenden Probleme der Leiharbeit, der Vertreibung der ländlichen Bevölkerung und der Kriminalisierung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sind damit nicht gelöst.» Scheidegger darf nicht mehr nach Indien. Aber mit ihrer Arbeit hat sie dazu beigetragen, dass wir jetzt alle wissen, mit welchen üblen Methoden Multis in anderen Ländern ihre Interessen durchsetzen. Sie hofft nun auf den 29. November. Dann kommt die Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Sie verlangt von den Konzernen, dass sie für Menschenrechtsverstösse haften (siehe Box links). Ein Erfolg dieser Initiative wäre wohl ihre grösste Genugtuung.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## DAS IST UNSERE VERANTWORTUNG

Franziska Teuscher, die Sozialdirektorin der Stadt Bern, ist eine temperamentvolle, kluge Frau. Gleich nach dem Brand des Flüchtlingslagers von Moria auf der Ägäisinsel Lesbos vermeldete sie, die Stadt Bern wolle 20 der schutzlosen Flüchtlinge aufnehmen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter wehrte ab. Nur der Bund sei für die Flüchtlingspolitik zuständig. Teuscher liess sich nicht beeindrucken. Die Bereitschaft der Stadt Bern, Flüchtlinge aufzunehmen, sei «als klare politische Forderung an den Bund zu verstehen, mehr Verantwortung bei der Bewältigung humanitärer Not zu zeigen und nun rasch zusätzliche Direktaufnahmen von Geflüchteten zu beschliessen».

**ABSURD.** Die helvetische Situation ist absurd. Die acht grössten Schweizer Städte verlangen eine Direktaufnahme von gepeinigten Menschen aus dem abgebrannten Lager. Viele der 12000 Flüchtlinge übernachteten auf dem vom Regen durchnässten Boden, sie haben keine regelmässige Nahrung und nicht genügend Trinkwasser. Die griechische Polizei hat mit Barrikaden den Zugang zur Hauptstadt Mytilini und damit zum einzigen Spital der Insel versperrt. Sie schießt mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen, auch auf Kinder. Die Machtstruktur der Eidgenossenschaft ist seltsam. Es gibt das Staatssekretariat für Migration, eine Behörde, die von einem Staatssekretär geführt wird, der eine humane Flüchtlingspolitik vertritt. Aber ihre Umsetzung wird erschwert durch eine Justizministerin, die ganz auf der Linie der EU-Kommission liegt: Für sie sind die Flüchtlinge eine Gefahr für Europa. Weil sie Fremdenhass schürten und damit verantwortlich für den unheimlichen Aufstieg der fremdenfeindlichen Bewegungen in Europa seien. In der Schweiz starrt die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates – wie das Kaninchen auf die Schlange – auf die SVP.

Einige Zahlen: Die Schweiz behandelte 2015 über 39000 Asylgesuche. 2019 waren es noch 14000. Konsequenz: In den Unterkünften gibt es heute viel Platz. Im Spätherbst 1956 hat die Schweiz innerhalb von drei Monaten 13000 ungarische Flüchtlinge problemlos aufgenommen. Wenn jeder der 27 EU-Staaten 480 Flüchtlinge aus Moria aufnähme, wären alle gerettet.

**ARROGANTE BETONKÖPFE.** Doch die Betonköpfe in Brüssel werden weiterhin ihre Abschreckungsstrategie fortsetzen. Sie lassen die Flüchtlingsboote in die türkischen Küstengewässer zurückdrängen. Und zur Abschreckung halten sie unmenschliche Lebensbedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln aufrecht.

Es bleibt die Schweiz. Mich verstört, mit welcher Arroganz die Justizministerin und die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates auf den klar formulierten Willen von Gemeindebehörden und von Zehntausenden Bürgerinnen und Bürgern reagiert. Es geht hier nicht um Kompetenz-Rangleien. Was auf dem Spiel steht, sind Menschenleben und die Ehre der Schweiz. Dafür sind wir alle verantwortlich.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



Regionalwahlen

# Ach, Italien!

Italien bringt seine Beobachter immer wieder an den Rand der Verzweiflung. Denn politisch macht das Bel Paese eine schlechte Falle. Erst laufen die Wählenden während Jahrzehnten dem Medienmogul und rechten Rattenfänger Silvio Berlusconi nach. Dann kann die fremdenfeindliche Lega des rechtsextremen Scharfmachers Matteo Salvini das Feld aufrollen. Bei den Regionalwahlen wollte er durchmarschieren und danach die Regierung in Rom stürzen. Dazu ist



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

es jetzt nicht gekommen. Zum Glück! Salvini hat verloren, sein Stern ist am Sinken. Allerdings sammelt nun die Postfaschistin Giorgia Meloni von den «Fratelli d'Italia» seine Wählerinnen und Wähler auf. Rechtsaussen bleibt bedrohlich stark. Die Linke

## Salvini-Meloni: Rechtsaussen bleibt bedrohlich stark!

konnte in den Regionen Toscana, Apulien und Kalabrien aber ihre Mehrheit halten. Der sozialdemokratische Partito Democratico befindet sich wieder in leichtem Aufwind. Zu Unrecht war er von vielen schon totgesagt worden. Für den Moment ist die fortschrittliche Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte stabilisiert.

**CORONA-KÜNDIGUNGSSTOP** Italien hat aus der Corona-Katastrophe vom Frühling gelernt und steht jetzt in der Pandemie-Bekämpfung besser da als die meisten andern Länder. Das straft die Vorurteile vieler über die schlampigen Italiener Lügen. Aber der wirtschaftliche Preis ist riesig. Noch federt Kurzarbeit die Probleme ab. Die Gewerkschaften haben bis Ende Jahr einen generellen Kündigungsstopp durchsetzen können – in Europa einmalig. Aber beide Massnahmen werden auslaufen. Dann müssen Massnahmen zum Anschlag der Wirtschaft greifen. 200 Milliarden Euro stehen Italien dazu von der EU zur Verfügung. 80 Milliarden als nicht zurückzahlende Subventionen, 120 Milliarden als günstige Kredite. Was tun damit?

Wenn es schlecht kommt, spucken Italiens Ministerien ein Sammelsurium von Projekten aus, die vor allem die eigene Bürokratie und die Parteienklientel befriedigen. Die Wirkung würde verpuffen. Um das zu verhindern, verlangen die Gewerkschaften jetzt Mitbestimmung. Sie wollen, dass es einen klaren Plan gibt, der von zwei Zielen bestimmt wird: der Schaffung von guten Arbeitsplätzen und dem ökologischen Umbau. Dafür gehen die drei Gewerkschaftsbünde GCIL, CISL und UIL nun auf die Strasse und rufen: «Wir geben der Regierung keinen Blankocheck!»

## UNIA online



## Lohnschutz stärken

Mit über 61 Prozent Nein-Stimmen hat das Volk die Kündigungsinitiative der SVP abgelehnt. Nun stehen die Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU an. Die Unia wird weiterhin den Lohnschutz verteidigen. Zum Kommentar von Vania Alleva:

[www.unia.ch/kommentar](http://www.unia.ch/kommentar)

# Berufliche Anerkennung für spanische und portugiesische Baubüezer Eine Weiterbildung, die es bringt!

**In Spanien und Portugal lernen Arbeiter nach Schweizer Standards zu bauen. Hélder Castro (38) hat den Kurs absolviert. Und rät seinen Kollegen: «Macht das auch!»**

PATRICIA D'INCAU

Gerade läuft die Anmeldefrist für den nächsten Kurs für spanische und portugiesische Baubüezer, und Hélder Castro weiss: «Das ist eine gute Sache!» Er hat vor zwei Jahren teilgenommen und sich über acht Wochen intensiv in Sachen Schweizer Hoch- und Tiefbau geschult. Etwa darin, wie man einen Schacht anlegt, damit

## Als Hélder Castro den Kurs machte, arbeitete er schon fünf Jahre auf Schweizer Baustellen.

das Wasser richtig abläuft. Nach welchem Vorgehen auf einer Schweizer Baustelle betoniert, verschalt oder gemauert wird. Oder welches Baumaterial wo und wie genau eingesetzt wird. Viel Wissen, systematisch vermittelt. «So lernst du das im Alltag», sagt Castro. Er weiss es, denn: Als er den Kurs machte, arbeitete er schon fünf Jahre in der Schweiz.

### MEHR ANERKENNUNG

Die Kurse finden jedes Jahr im Januar und Februar statt. Und zwar in den Heimatländern der Arbeiter. Das hat historische Gründe, denn: In den Zeiten des unmenschlichen Saisonierstutts mussten die Buezer während der Bau-Winterpause das Land verlassen. Anfang der 80er Jahre einigten sich Gewerkschaften und Baumeister dann angesichts des Fachkräftemangels darauf, für die heimgeschickten Arbeiter Weiterbildungskurse zu organisieren.

Der eigentliche Schlüssel aber ist die Sprache. Die Kurse finden in Portugiesisch und Spanisch statt. Castro weiss: «Es gibt



**AUFGEBAUT:** Hélder Castro in der Ausbildungsstätte in Portugal. Dort lernte er, wie in der Schweiz gebaut wird. Das führt zu mehr Anerkennung und mehr Lohn. FOTO: ZVG

auch in der Schweiz solche Kurse. Aber weil sie in Deutsch sind, ist es schwierig, alles genau zu verstehen.» Selbst für ihn, der sehr gut Deutsch spricht.

Das Wichtigste, was man im Kurs lerne: die Baupläne zu lesen. «Denn nur so begreifst du wirklich, was auf der Baustelle gerade abläuft und was du machen musst.» Das verbessert nicht nur den Arbeitsprozess, sondern auch das eigene Know-how. Und damit letztlich: die Stellung im Betrieb.

### EINE ECHTE CHANCE

Das betont auch Unia-Mann Bruno Schmucki. Er vertritt die Gewerkschaft im Parifonds, über den die Schulungen finanziert werden (siehe Box), und sagt: «Nach diesem Kurs steigt der Lohn, und der Arbeiter hat eine anerkannte Qualifikation.» Gerade das ist nämlich ein grosses Problem: Wer keine Schweizer Lehre gemacht hat, gilt meist als «Unqualifizierter». Und steht an

den alleruntersten Enden der Befehls- und der Einkommenskette. So ging es auch Hélder Castro, als er 2012 in die Schweiz kam. Obwohl er studierter Bauingenieur ist! Doch hier wurde seine Ausbil-

## Die Ausbildung verstärkt die Stellung im Betrieb.

dung nicht anerkannt. Und in Portugal fand er keine Arbeit mehr. Die Finanzkrise hatte fast 80 Prozent aller Beschäftigten in der Baubranche den Job gekostet. Castro: «Also musste ich ganz von vorne anfangen.»

Heute ist Hélder Castro Sicherheitsverantwortlicher bei einem Eisenbahnprojekt in Graubünden. Nicht nur, aber auch dank dem Kurs, den er vor zwei Jahren gemacht hat. Für ihn ist klar: «Das war für mich eine Chance, um vorwärtszukommen.» Und er rät all seinen Kollegen: «Macht das auch!»

## Parifonds: Bildung im Bau

Seit 50 Jahren finanziert der Parifonds Ausbildungskurse für Bauarbeiter in der Schweiz und im Ausland. Der Parifonds ist ein gemeinsamer Topf der Sozialpartner Unia, Syna, Baukader Schweiz und Baumeisterverband. Neben der Finanzierung von Bildungsangeboten sorgt der Parifonds für die Einhaltung des Landesmantelvertrags (LMV), dem Gesamtarbeitsvertrag auf dem Bau.

**ANMELDEFRIST LÄUFT.** Für die Kurse in Portugal und Spanien müssen sich die Arbeiter vom Unternehmen anmelden lassen. Teilnehmen kann nur, wer bereits in der Schweiz arbeitet. Die nächsten Kurse finden vom 4. Januar bis zum 26. Februar statt. Die Kosten werden durch den Parifonds gedeckt. Die Anmeldefrist läuft: [rebrand.ly/bau-kurs](http://rebrand.ly/bau-kurs).

# Antigewerkschaftliche Kündigungen: Schlichtungsverfahren läuft «Katastrophen-Franz» vermittelt

**Immer wieder entlassen Firmen gewerkschaftlich aktive Mitarbeitende. FDP-Mann Franz Steinegger soll schlichten.**

RALPH HUG

Vor einem Jahr wurde der Uhrmacher Mickael Bédard (28) entlassen, weil er in seiner Firma eine Betriebskommission gründen wollte. Das missfiel dem Chef. Sind solche antigewerkschaftlichen Kündigungen bald nicht mehr möglich? Seit einem Jahr läuft ein Schlichtungsver-

## Missbräuchliche Kündigungen sollen rückgängig gemacht werden können.

fahren zwischen dem Gewerkschaftsbund und dem Arbeitgeberverband. Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) hatte letzten Juni an der Jubiläumskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf grünes Licht dazu gegeben. Nicht freiwillig: Die Schweiz drohte auf eine



**ENGAGEMENT:** Noch sind in der Schweiz antigewerkschaftliche Kündigungen möglich. Uhrmacher Mickael Bédard ist das Opfer einer solchen geworden. FOTO: KEYSTONE

schwarze Liste von Ländern zu geraten, welche grundlegende Rechte der Arbeitnehmenden missachten. Nur weil Parmelin der Mediation zustimmte, nahm die ILO die Schweiz wieder von der Liste.

### SCHWEIZ UNTER DRUCK

Seit bald zwanzig Jahren weigern sich die Arbeitgeber stur, den fehlenden Schutz für gewerkschaftlich aktive Arbeit-

nehmende zu verbessern. So stur, dass der Gewerkschaftsbund 2003 eine Klage deponierte. Seither steht die Schweiz unter Druck. Sie hat zwar die entsprechende Konvention Nr. 98 der ILO ratifiziert, setzt sie aber nicht um. Das geht auf Dauer nicht. Der Arbeitgeberverband wird nun Konzessionen machen müssen.

Die Sozialpartner haben den ehemaligen FDP-Chef

Franz Steinegger als Mediator eingesetzt. Dieser hat inzwischen die Parteien angehört und arbeitet jetzt einen Kompromissvorschlag aus. «Wir haben ihm unsere Anliegen dargelegt», sagt Gewerkschaftsbundschef Pierre-Yves Maillard zu work. Mit coronabedingter Verzögerung wird eine Lösung in den kommenden Monaten erwartet. Die ILO verlangt, dass Arbeitgeber bei missbräuchlichen Kündigungen härter bestraft und Entlassungen auch wieder rückgängig gemacht werden können. Davon ist die Schweiz noch weit entfernt. Opfer von missbräuchlichen Kündigungen können im besten Fall mit einer Abfindung von drei bis vier Monatslöhnen rechnen. Ihren Job sind sie auf jeden Fall los.

Es ist nicht das erste Mal, dass verhärtete Fronten den Einsatz eines Schlichters notwendig machen. 2013 brauchte es in der Person von Ex-Seco-Chef Jean-Luc Nordmann einen Vermittler im festgefahrenen Streit um den Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinenindustrie.





**FIT UND FRÖHLICH:** Ursula Mattmann auf ihrem Balkon in Schwerzenbach ZH. FOTO: NICOLAS ZONVI

## Unia-Frauenpräsidentin Ursula Mattmann geht in Pension

# «Ich war eine Exotin»

**Ursula Mattmann war die erste und bisher einzige Präsidentin der Unia-Frauen. Und was für eine!**

PATRICIA D'INCAU

Sie hat schon einen ganzen Sitzungstag hinter sich, als sie work zum Gespräch trifft. «Fit bin ich noch!» sagt sie fröhlich, und man glaubt es ihr sofort. Trotzdem tritt Ursula Mattmann (73) am 2. Oktober als Präsidentin der Unia-Frauen zurück. Nach 15 Jahren «häts irgendwann halt mol es Änd», findet die Lozärnerin, die schon seit stolzen vierzig Jahren Gewerkschafterin ist. Eine umtriebige dazu!

### «EXOTIN» IM MÄNNERKOSMOS

Just am Arbeiterkampftag 1980 tritt Mattmann mit 33 in die Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) ein, aus der später die GBI wird, die Gewerkschaft Bau und Industrie. Mattmann ist damals hauptberuflich Archivarin und wird bald schon GBI-Frauenpräsidentin. Und später sogar Präsidentin der GBI Zürich. Als erste Frau überhaupt sitzt sie nun an der Spitze einer GBI-Sektion.

«Ich war eine Exotin», erzählt Mattmann. Sie erzählt ohne Punkt und Komma. Wie immer voller Energie. Schliesslich hat sie viel zu erzählen.

Vor allem in ihrer Anfangszeit in der GBI-Ortsgruppe in Uster sei sie die einzige Frau unter vielen Männern gewesen: «Die haben mich zwar schon anständig behandelt.» Aber irgendwann wechselte sie trotzdem nach Zürich. Zur GBI-Frauengruppe. Einfach, weil es ihr «gstunke het», immer nur Männer um sich zu haben. Mattmann fährt mit den Armen in die Luft: «Mit denen konnte ich über gewisse Themen einfach nicht reden.» Krippenplätze oder Lohndiskriminierung und so.

Auch sonst muss sich Mattmann immer mal wieder über diese Männerwelt ärgern. Heute noch. Dann gehen die Wellen in ihrer Stimme hoch: «Isch doch wahr!»

sagt sie. Als Mattmann zum ersten Mal an einem GBI-Kongress teilnimmt, fragt sie die Hotel-Réceptionistin, zu welchem der Herren sie denn gehöre. Mattmann explodiert: «Da habe ich der gesagt: Entschuldigung, ich bin selbständig. Ich bin Delegierte. Und kein Anhängsel.»

### WATER ALS VORBILD

Für sich und andere einzustehen: das hat Ursula schon als Kind gelernt. «Von meinem Vater», sagt sie stolz. Er hat sie als kleines Mädchen zu ihrer ersten Demo mitgenommen. «Ausgerechnet er, ein CVPLer! Und dann noch im konservativen Luzern!» Aber bei dieser Demo sei es eben darum gegangen, dass auch Mädchen an die Kantonschule dürften. Und für ihren Vater sei klar gewesen, «dass Meitli gleich geschlecht sind wie Buben».

Und auch, dass Fussball kein reines Männerzeugs ist: Zu jedem Spiel des FC Luzern nimmt der Vater seine Tochter mit.

Froh darüber, eine «Stammhalterin» zu haben, die gleich viel über den Club weiss wie er. Am Mittagstisch diskutieren die beiden übers «Tschutte». Und weil der Cousin beim Schlittschuhclub Luzern spielt, steht die kleine Ursula auch beim Hockey regelmässig in den Zuschauerreihen (siehe Spalte rechts).

WATER MATTMANN (CVP)

«Mini Tochter isch grad so guet wie öichi Buebe.»

### STREIKS UND QUOTEN

Rückblickend sagt Mattmann: «Ich war von klein auf gewohnt, um Männer herum zu sein und die gleichen Sachen zu machen wie sie.» Der Vater habe zu seinen Kollegen jeweils gesagt: «Mini Tochter isch grad so guet wie öichi Buebe.»

Erst später habe sie gemerkt, dass das alles nicht so selbstverständlich sei. Und die Gleichstellung längst noch nicht überall umgesetzt ist. Auch, wenn manche bürgerlichen Frauen das Gegenteil behaupten würden. «Dabei hatten die einfach nur Glück!» sagt Mattmann.

Wenn sich Frauen zusammentun, das gefällt Ursula Mattmann. In der Gewerkschaft, aber auch beim Frauenstreik. Beim ersten von 1991 arbeitete sie als Archivarin im Spital Uster. Sie muss lachen: «Da haben die Oberärzte das Mittagessen verteilen müssen, weil die Frauen an den Streik gingen.» Und am zweiten Frauenstreik, letztes Jahr, da seien ihr die vielen jungen Männer aufgefallen, die mit ihren Kindern unterwegs waren. «Da habe ich gedacht: Es ändert sich also doch etwas.»

Wenn auch nur in Mini-Schritten. Schliesslich waren die politischen Forderungen des Frauenstreiks 2019 genau dieselben wie schon 1991: Schluss mit Sexismus und Gewalt, rauf mit den Frauenrenten und natürlich: endlich Lohngleichheit. «Dafür hat ja meine Mutter schon gekämpft!» entfährt es Mattmann.

Aber sie weiss: Hartnäckig bleiben lohnt sich. Und das glaubt frau ihr bei ihrem Temperament aufs Wort. Ursula Mattmann hat es in der Unia erlebt, wo sie jahrelang für Quoten kämpfte. «Da brauchte ich eine Elefantenhaut», erzählt sie. Einmal wird sie an einer Versammlung sogar ausgebuht.

Aber es wird noch besser: 2008 am Unia-Kongress in Lugano. Der grosse Showdown naht: «Ich wusste: Jetzt muss ich alles geben!» Von der Bühne aus sagte sie zu den Delegierten: «Ich hab's auch satt, mit euch immer über Quoten zu diskutieren. Wenn wir sie jetzt endlich bekommen, können wir in Zukunft wieder zusammen über inhaltliche Themen reden.» Und siehe da: Mattmann bekommt ihre Quoten. Und nicht nur sie: Seither gilt in allen nationalen Unia-Organen eine Mindestvertretung von 33 Prozent Frauen, in den Regionen sind es 25.

Für Mattmann ist dieser Sieg eines der grössten Highlights in ihrer Gewerkschaftslaufbahn: «Wunderbar, gäu!» Und klar: Dass Vania Alleva als erste Frau die Unia führt. Auch das ist «einfach super!».

So ist aus dem «Männerkosmos» von vor vierzig Jahren doch noch eine Gewerkschaft geworden, aus der die Frauen nicht mehr wegzudenken sind. Und das vor allem auch: dank Ursula Mattmann!

### «Ursula ist eine gewiefte Taktiererin!»



Vania Alleva. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

«Ursula ist eine Powerfrau im wahrsten Sinne des Wortes: mit so viel Energie, so viel Engagement, eine Gewerkschafterin durch und durch. Als Archivarin wurde sie Mitglied bei der Unia-Vorvorgängergewerkschaft Bau und Holz. Zu einer Zeit, als dort praktisch nur Männer organisiert waren. Ursula stand denn auch immer konsequent, beharrlich, gradlinig für die Rechte der Frauen ein. Wir Frauen in der Unia müssen ihr ein Kränzchen winden, denn dank Ursula haben wir bei der Fusion die Interessengruppe Frauen als Organ mit Antrags- und Vertretungsrechten in die Unia übergeführt. Ursula ist eine gewiefte Taktiererin: Sag nicht, welches Spiel du spielst, lasse dir nie ganz in die Karten schauen.»

**IMMER FÜR DIE SACHE.** Am Kongress in Lugano 2008 ist es dann gelungen, die Frauenquote noch besser in der Organisation zu verankern. Wir haben heute ein Gleichstellungscontrolling, das sich sehen lassen kann. Ursula hat enorm viel Erfahrung in der Leitung von Gremien und Kampagnen. Sie hat eine ausgesprochene Menschenkenntnis. Und umsichtig hat sie fast zehn Jahre die nationale Delegiertenversammlung geleitet. Sie ist stark im Allianzen-Schmieden, immer für die Sache, nie mit persönlichem Machtanspruch. Und sie hat ein Gespür fürs richtige Mass, um ein künftiges Miteinander mit den Gegnern sicherzustellen. So trat sie nach Erfolgen auch nie triumphierend auf. Es geht ihr immer darum, die Rechte der Frauen voranzubringen, nie darum, die Männer zu erniedrigen. Im Gegenteil, sie hat mit Charme Männer immer wieder zu Verbündeten gemacht, in der tiefen Überzeugung, dass Gleichstellung allen zugute kommt. Ursula, danke für all das Geleistete!

### URSULA MATTMANN DIE BODENSTÄNDIGE

Ursula Mattmann wird 1947 in Luzern geboren. Nach der Schule macht sie in Zürich eine Lehre am Postschalter. Dort lernt sie Pöstler Felix Alberto kennen, mit dem sie bis heute verheiratet ist. Das Paar hat eine Tochter und einen Sohn. Damit die Familie finanziell besser über die Runden kommt, arbeiten die Mattmanns eine Zeitlang auch nebenbei als Hauswartpaar und putzen Büros und Treppenhäuser.

**SPORTSFRAU.** Als das Spital Uster eine Archivarin sucht, beginnt Mattmann als Quereinsteigerin. Ihre erste Tat: Sie sortiert die bisher nach Geschlechtern getrennten Patientenakten um und ordnet sie neu nach Nachnamen und Alphabet.

Daneben sammelt Mattmann ehrenamtlich Unterschriften gegen Lohndumping, Rentenklau und Abschottung und ist in der Gewerkschaft in verschiedenen Gremien und Funktionen aktiv. Jahrelang auch als Präsidentin der Unia-Delegiertenversammlung. Als erste Frau. Nun tritt sie als Unia-Frauen-Präsidentin ab. Und freut sich darauf, etwas mehr Zeit für ihre anderen Leidenschaften zu haben: Mattmann spielt Geige im Orchester. Sie ist Mitglied im Fanclub des Eishockeyclubs Dübendorf, wo sie an den Spielen ehrenamtlich die Eingangskontrolle macht. Und sie ist immer noch treue FCL-Anhängerin. Sie hofft «mit dem Göttibueb jetzt bald endlich mal wieder an einen Match zu gehen». (pdl)





**work**  
**kommentar**  
Clemens Studer

## RECHTE DREHEN IM BRAUNEN

Die Klimawandel-Leugnerinnen und -Leugner hatten die Klimabewegung schon abgeschlossen. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie hatte öffentliche Manifestationen unmöglich gemacht. Der von SVP-Führer Christoph Blocher wegen Erfolglosigkeit abgesetzte SVP-Präsident Albert Rösti sagt an seiner letzten Delegiertenversammlung im Amt: «Nicht mehr über den Chäfer reden, dann verschwindet er wie Greta.» Mit dem «Chäfer» meinte er das Covid-19-Virus. Mit «Greta» die Ikone der Klimabewegung.

### Eine Netto-null-Schweiz bis 2030 ist möglich.

UND JETZT DAS. In einer gut vorbereiteten Aktion besetzt die Klimajugend den Bundesplatz. Baut kurzerhand und effizienter als jeder WK ein Demo-Dorf auf. Das ist verboten. Weil die Parlamentarierinnen und Parlamentarier während ihrer Session nicht vom Volk gestört werden möchten. Dabei ist nicht der Zugang zum Bundeshaus das Problem. Der Märit findet auch während der Sessionen statt und riegelt den Bundesplatz mindestens so ab, wie es das kreative Klima-Camp tat. Aber eben: Lauch und Lauch gesellt sich gern.

UND DANN GING'S AB. Nicht auf dem Platz, da war's ernsthaft, humorvoll, kreativ und friedlich. Aber in den Medien. Die vereinigten Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen überboten sich in Empörung über die Aktion. Auffällig: Während bislang in erster Linie die klassischen «alten weissen Männer» wegen der Klimajugend durchdrehten, sind es – zumindest in den Medien – jetzt auch die «mittelalterlichen weissen Männer», die hetzen. Oder meinen, väterlich erklären und belehren zu müssen.

UND DANN DIES. Die höflichen, freundlichen und friedlichen Klima-Demonstrierenden werden von SVP-Strassenraufern angegangen, die im Braunen drehen. Unter anderem vom notorisch auffälligen und vorbestraften Aargauer SVP-Präsidenten Andreas Glarner. Der gleich auch noch vor laufender Kamera die grüne Ratskollegin Sibel Arslan sexistisch und rassistisch beleidigte.

UND DANN DIES. Die höflichen, freundlichen und friedlichen Klima-Demonstrierenden werden von SVP-Strassenraufern angegangen, die im Braunen drehen. Unter anderem vom notorisch auffälligen und vorbestraften Aargauer SVP-Präsidenten Andreas Glarner. Der gleich auch noch vor laufender Kamera die grüne Ratskollegin Sibel Arslan sexistisch und rassistisch beleidigte.

UND DANN DIES. Die höflichen, freundlichen und friedlichen Klima-Demonstrierenden werden von SVP-Strassenraufern angegangen, die im Braunen drehen. Unter anderem vom notorisch auffälligen und vorbestraften Aargauer SVP-Präsidenten Andreas Glarner. Der gleich auch noch vor laufender Kamera die grüne Ratskollegin Sibel Arslan sexistisch und rassistisch beleidigte.

UND DANN DIES. Die höflichen, freundlichen und friedlichen Klima-Demonstrierenden werden von SVP-Strassenraufern angegangen, die im Braunen drehen. Unter anderem vom notorisch auffälligen und vorbestraften Aargauer SVP-Präsidenten Andreas Glarner. Der gleich auch noch vor laufender Kamera die grüne Ratskollegin Sibel Arslan sexistisch und rassistisch beleidigte.

UND DANN DIES. Die höflichen, freundlichen und friedlichen Klima-Demonstrierenden werden von SVP-Strassenraufern angegangen, die im Braunen drehen. Unter anderem vom notorisch auffälligen und vorbestraften Aargauer SVP-Präsidenten Andreas Glarner. Der gleich auch noch vor laufender Kamera die grüne Ratskollegin Sibel Arslan sexistisch und rassistisch beleidigte.



ÜBERRASCHENDE ÜBERNAHME: Während 48 Stunden besetzten Klimaaktivistinnen und -aktivisten den Bundesplatz in Bern. Sie haben diskutiert, gespielt, musiziert (Sängerin Mira Gemperle oben rechts) und mit Journalisten und Politikerinnen gesprochen (Mediensprecherin Meret Schefer unten, zweites Foto von rechts). FOTOS: SEVERIN NOWACKI, MIK (2)



## Die Klimabewegung ist wieder da. Und mischt die Schweiz auf.

# «Unsere Anliegen kann man nicht wegräumen»

### Wer sie sind und was sie wollen: Die work-Reportage von der Klimastreik-Front.

JOHANNES SUPE

Sie sind laut, sie sind entschlossen, und vor allem: sie sind zurück. Gut 2000 Klimaaktivistinnen und -aktivisten stehen auf dem Berner Helvetiaplatz. Stehen und warten darauf, dass die Demonstration durch die Stadt beginnt. Hören geduldig den Reden zu, in denen jede einzelne Forderung der Klimabewegung erklärt wird. Immer wieder rufen die Jugendlichen ihren Slogan: «What do we want? Climate justice! When do we want it? Now!» Was wollen wir? Klimagerechtigkeit! Und wann wollen wir sie? Jetzt!

Eine, die im Skandieren bereits geübt ist, ist die 15jährige Schülerin Hanna aus Köniz bei Bern. Ihren richtigen Namen möchte sie lieber nicht veröffentlicht sehen. Ihre blonden Haare trägt sie im Irokesenschnitt, hat die Spitzen grün gefärbt; auf ihrer mit Nieten versehenen Lederjacke hängen Kleber und Buttons gegen Nazis, aber auch für Frauenstreik und Klimastreik. Trophäen von früheren und jetzigen politischen Engagements. Warum sie sich nun wieder einsetzt? «Ich möchte für die Zukunft kämpfen», sagt sie und: es müsse viel weniger CO<sub>2</sub> ausgestossen werden. Weniger sicher ist sie sich, wie das geschehen könnte. Aber um das Ziel zu erreichen, ist sie bereit, etwas beizusteuern. Das kleinere: Schon seit zwanzig Minuten steht sie hier im Regen, ohne Schirm. Das grössere: Bewusst ver-

zichtet Hanna auf ein Handy und meint: «Ist so wieso nicht mein Ding.»

Meret Schefer hingegen weiss genau, was sich der Klimaschutz vorantreiben liesse. Als Sprecherin des «Rise up for Change»-Bündnisses kennt sie die Forderungen des Zusammenschlusses im Detail: bis 2030 ein CO<sub>2</sub>-Ausstoss von netto null, etwa durch die Bevorzugung natürlicher Produkte in der Landwirtschaft. Den Finanzplatz endlich an die Kette legen und die Demokratie der Schweiz ausbauen. An normalen Tagen geht die 16jährige ans Gymi in Burgdorf. Doch heute spricht sie, das Mikrofon in der Hand, zu den vielen Versammelten: «Die Politik hat in ihrer Verantwortung versagt.» Darum müsse nun wieder die Jugend auf die Strasse gehen.

Bereits um 15 Uhr versammelten sich die ersten zur Demonstration. In Bewegung setzt sich der über Stunden anwachsende Zug aber erst knapp vor 17 Uhr. Es wird ein kurzer Marsch durch Bern, rasch hinüber zum Waisenhausplatz, wo man abermals Forderungen erläutern wird. Zufrieden sind die Organisatoren allemal: In nur zwei Tagen haben sie es geschafft, wieder Tausende für ihr Anliegen zu mobilisieren. Noch dazu zu einer unbewilligten Demonstration. Tatsächlich stellt diese Demonstration den Abschluss einer Woche dar, in der die Klimajugend die ganze Schweiz in Aufruhr versetzt hat.

**BUNDESPLATZ IN BUNT**  
Morgens um 4 Uhr 40 Uhr geht es los: In der morgentlichen Dunkelheit stürmen Dutzende auf den Berner Bundesplatz, bauen in beeindruckender Geschwindigkeit Schlaf- und Versammlungszelte

auf, richten eine Bühne ein, schaffen Koch- und Putzmaterial heran. Ihr Plan: Bleiben!

Ein halbes Jahr Diskussion und Vorbereitung stecken in der Besetzung, erklärt Leandra Breu. Die junge Frau absolviert gerade ihre Lehre zur Betriebsinformatikerin, ist darüber hinaus ebenfalls Sprecherin für «Rise up for Change».

Hinter dem Bündnis steht nicht nur die Bewegung «Klimastreik», sondern auch die Gruppen «Collective Breakfree», «Collective Climate Justice», «Extinction Rebellion» sowie die Umweltorganisation Greenpeace. Es habe in der Klimajugend das grosse Bedürfnis gegeben, sich zusammenzuschliessen, so Breu. Nach vielen Debatten habe man sich dann auf die Besetzung einigen können.

Bis zum Abend sind bereits Hunderte auf den Bundesplatz geströmt. Da die Strassen blockiert wurden, spielen hier nun Kinder und schieben fröhlich einen zur gewaltigen Erdkugel aufblasbaren Ball herum. In diversen Kleingruppen diskutieren Jugendliche – oder spielen Karten. Andere stehen in der langen Schlange, an deren Ende es zu essen gibt: veganes Linsencurry.

Auch Hanna sitzt auf dem Bundesplatz – und hat ihre Mutter mitgebracht. Die findet es vor allem «richtig, dass sich die Jugendlichen endlich auf die Hinterbänke stellen». Denn seit den Nationalratswahlen im letzten Oktober sei fast nichts pas-



RUNTER MIT DEM CO<sub>2</sub>! Gut 2000 Leute demonstrieren in Bern für eine klimaneutrale Schweiz.

sier. Erfahren hat Hanna von der Besetzung durch Zufall: Einem Nachbarn sei ein Flyer in die Hand gedrückt worden, und der habe die Information dann weitergegeben. Sie selbst sei nicht in einer Gruppe. Ob die beiden die Nacht über auf dem Bundesplatz bleiben werden? «Eher nicht. Aber den Abend schon. Die Stimmung ist ja toll», sagt Hanna.

Als es bereits dunkel wird, beginnen die Konzerte. Zwischen Rock und eher langsamen Balladen gibt es durchaus tanzbare Sounds – und ein auf Bewegung hungriges Publikum. Eine, die jetzt ihre Songs spielt, ist Mira Gemperle. Sie sagt: «Die Kraft, die man hier spüren kann, ist so wunderschön!» Tatsächlich hat die Klimabewegung die 25jährige Baslerin motiviert, zum ersten Mal vor einer grösseren Gruppe aufzutreten. Gemperle hatte unter dem Einfluss der früheren Streiks Songs wie «Earthlings», Erdlinge, verfasst. Als sie

dann sah, dass «Rise up for Change» etwas Grösseres plant, kontaktierte sie die Gruppe übers Netz – und wurde prompt zum Konzert eingeladen.

### UNGEHORSAM JA, GEWALT NEIN

Aber warum halten sie gerade den Bundesplatz besetzt? Man habe sich bewusst für diesen Ort entschieden, erklärt Sprecherin Schefer, obwohl man dort während der Session ja nicht demonstrieren dürfte: «Wir wollten dorthingehen, wo Politik und Finanz sitzen, und sie konfrontieren.» Ausserdem rechtfertigt die Klimakatastrophe den zivilen Ungehorsam. Bei dem wird es dann auch bleiben, denn die Protestierenden sind vor allem eines: friedlich. Ihren Unrat entsorgen sie diszipliniert, ihre Notdurft verrichten sie in Komposttoiletten, und sogar unfreundliche Passanten werden nicht beschimpft. Grosse Mühe geben sich die Organisa-

torinnen damit, die neuesten Informationen an alle auf dem Platz weiterzugeben. Als die Stadt Bern den Leuten ein Ultimatum stellt, den Platz bis Dienstagmittag zu räumen, wird gleich eine grosse Versammlung aller Anwesenden einberufen. Doch die Klimajugend ist gewieft: der Entscheid über das weitere Vorgehen liegt nicht hier, sondern bei einem ausgeklügelten Delegiertensystem. Idealerweise soll so wirklich die Meinung aller abgebildet werden; in der Praxis entscheidet der entschlossenste Teil der Bewegung. Und er bestimmt mitten in der Nacht, dass die Besetzung weitergeht. Man gibt dem Ultimatum der Stadt nicht nach. Als die Polizei – deutlich nach Ablauf der Frist – schliesslich doch räumt, kommt es zu keinem Gerangel. Denn auch für den Fall hatten sich die Jugendlichen vorbereitet.

Allerdings wird in den zwei Tagen auch klar, wie kräftezehrend die Mischung aus konstanter Politik und kurzen Nächten war. Einige Besetzende kommen an den Rand der Erschöpfung. Doch all die Handwerker, die rund um den Bundesplatz bauen, die Maurer, Gipser, Heizungsinstallateure, bleiben dem Camp fern, obwohl das Klima-Camp auch ihnen Gratisessen anbietet. Nur einmal treibt die Neugier drei Dachdecker kurz auf den Platz. Auf dem Rückweg fragt der eine seine Kollegen: «Hat denn die Polizei keine Wasserwerfer mehr?» Eine schnellere Räumung des Platzes hätten die drei begrusst.

Dabei leiden gerade auch die Baubüezer in ihrem Job unter der Klimaerwärmung. Als Pierre-Yves Maillard, der oberste Gewerkschafter, am

Rande des Camps vorbeikommt, hat er eine Botenschaft: «Von den Auswirkungen der Klimakrise sind auch die Beschäftigten in vielen Branchen betroffen», sagt er. Und oft hätten gerade die Arbeitenden Ideen, wie ihre Betriebe ökologischer werden könnten. Maillard: «Ihnen müssen wir zuhören!» Auch wenn sich dann vielleicht nicht alles so schnell verändere, wie es sich die Klimaleute vorstellten.

### LEBENSWERTE ZUKUNFT

Aktivistin Meret Schefer zieht Bilanz. Sie ist sehr zufrieden und sagt: «Für 48 Stunden haben wir einen Platz besetzt, um für eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen. Und wir haben viele neue Menschen zum Handeln bewegen können.» Schefer: «Mit einer Räumung kann man unsere Anliegen jedenfalls nicht wegräumen.»

**workfrage:**  
**Was denken Sie über die Klimabewegung?**  
Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.  
E-Mail oder Brief an:  
**work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



# Eine CO<sub>2</sub>-neutrale Schweiz bis 2030 ist machbar!

Der ökosoziale Wandel: So geht er konkret!  
work präsentiert den grossen Klima-  
Umbauplan in 19 Tafeln, online auf  
[rebrand.ly/neutrale-schweiz](https://rebrand.ly/neutrale-schweiz)

## 02 STRASSENVERKEHR ELEKTRIFIZIEREN: ES BRAUCHT RELATIV WENIG STROM.

- Der private Verkehr produziert zu viel CO<sub>2</sub>. Substantielle Veränderungen sind jedoch im Gang:
  - Viele Jugendliche machen gar keinen Führerschein mehr. Sie benutzen den öffentlichen Verkehr. In Städten wie Zürich wollen Bauherren immer weniger Parkplätze bauen. Weil diese niemand mehr mietet.
  - Volkswagen ist der grösste Autokonzern der Welt. Er setzt auf das Elektroauto. Weil dieses über alles gerechnet bereits in wenigen Jahren billiger sein wird als ein Benzin- oder Dieselfahrzeug.
  - Auch wenn Elektromobilität den Privatverkehr – leider – noch nicht einschneidend reduzieren kann, verbrauchen alle Autos, Lastwagen und Busse pro Jahr nach einer Umstellung nicht mehr als 17 Milliarden Kilowattstunden Strom. Im Durchschnitt sind dies 300 Wattstunden pro Kilometer.
- Alles verändert sich noch einmal, sobald selbststeuernde Autos auf den Markt kommen. Wann es so weit ist, wissen wir nicht. Ab diesem Zeitpunkt verschmelzen öffentlicher und privater Verkehr.
- Statt 10 Millionen Parkplätze werden wir in der Schweiz nur mehr 2 Millionen brauchen. Statt 3,6 Millionen Fahrzeuge weniger als 1 Million.



## 04 KLIMANEUTRALER FLUGVERKEHR: DAS IST BIS 2030 MACHBAR.

- Wenn die Schweiz die graue Energie berücksichtigt – also jene Energie, die wir etwa in Form neuer Autos importieren – und den Luftverkehr einrechnet, sieht unsere Bilanz wesentlich schlechter aus. Pro Kopf sind wir dann nicht für 5, sondern für 12 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoss verantwortlich.
- Weltweit trägt der Flugverkehr zu viel zur menschengemachten Klimaerwärmung bei. In der Schweiz der Vielflieger sind es 20 Prozent. Tendenz steigend, trotz etwas Flugscham.
- Flugzeuge können auch mit klimaneutralem Kerosin starten, fliegen und landen. Die Kosten pro Liter synthetisches Kerosin werden bis 2030 absehbar auf 1 Franken sinken.
- Dies verteuert das Fliegen massiv und sozialverträglich. Einen Flug nach Mallorca um 20 Franken. Einen Flug nach New York um 150 Franken.
- Wenn wir 2030 noch nicht so weit sind, kommt eine vergleichbar teure CO<sub>2</sub>-Abgabe von 210 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> zum Tragen, die jedes Jahr um 10 Franken erhöht wird. Spätestens 2033 ist die Umstellung im Kasten.
- Parallel dazu müssen Kurzstreckenflüge unter 600 Kilometern verboten werden, da sie dank schnellerer Bahnen überflüssig werden.



## 07 LENKUNGSABGABE: SO GELINGT DER ÖKOLOGISCHE UMBAU.

- Heute gilt es, für Neubauten und grössere Renovationen Dutzende von kantonal allzu unterschiedlichen Vorschriften zu beachten. Wer Subventionen und Steuerergünstigungen beansprucht, braucht viel einschlägiges Wissen.
  - Wir treten für eine radikale Vereinfachung der Vorschriften ein: Neubauten müssen mehr erneuerbare Energie produzieren als verbrauchen. Altbauten dürfen ab 2030 für Heizung und Warmwasser keine nichterneuerbaren Brennstoffe mehr einsetzen, Härtefälle ausgenommen. Ab 2025 werden nur mehr CO<sub>2</sub>-neutrale Autos zugelassen.
  - Der zentrale Treiber des ökologischen Umbaus ist eine auf fossile Energieträger erhobene und stetig ansteigende Lenkungsabgabe, die vollumfänglich zurückerstattet wird. Sinnvoll sind folgende Preise pro Tonne ausgestossenes CO<sub>2</sub>:
- | 2022    | 2023    | 2024    | 2025    | 2026    | 2027    | 2028    | 2029    | 2030    |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| CHF 130 | CHF 140 | CHF 150 | CHF 160 | CHF 170 | CHF 180 | CHF 190 | CHF 200 | CHF 210 |
- Wenn der ökologische Umbau gelingt, löst sich diese Lenkungsabgabe in Luft auf. Deshalb ist es nicht sinnvoll, damit Krankenkassenprämien zu verbilligen. Denn dies würde spätestens 2032 zu einem zusätzlichen Prämienstoss führen. Ausser, die Ausgaben pro Haushalt für Krankenkassenprämien werden auf 10 Prozent beschränkt.



## 15 SOLAR- UND WINDSTROM: BIS 2030 45 MILLIARDEN KILOWATTSTUNDEN.

- Unsere AKW produzieren 21,4 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Wenn wir sie vor 2030 abstellen, neu in Elektroautos fahren und elektrische Wärmepumpen in den Häusern installieren, brauchen wir zusätzlich 50 Milliarden kWh Strom aus erneuerbarer Energie. Dies legt folgende Wege nahe:
  - Baustein 1: 10 Milliarden kWh produzieren wir auf den Dächern und an den Fassaden der Gebäude. Das Potential ist mehr als 10 Mal grösser.
  - Baustein 2: 3 Milliarden kWh Strom tragen wir im Winter mit den 6 Milliarden kWh Diesel bei, den wir in Nordafrika produzieren. Im Rahmen eines nicht-imperialen Marshallplanes. Potential unbegrenzt.
  - Baustein 3: 10 Milliarden kWh produzieren wir in den Alpen. Potential 20 Milliarden.
  - Baustein 4: 10 Milliarden tragen die Bäuerinnen und Bauern bei. Wenn sie neu gleichzeitig Heu und Strom produzieren, mit Solarpanels auf den Wiesen. Potential unbegrenzt.
  - Baustein 5: 60 Prozent des Windstroms fallen im Winter an. Heute besitzen BKW, Alpiq & Co. 7 Milliarden kWh im Ausland. Sinnvollerweise produzieren wir bis 2030 zusätzliche 15 Milliarden kWh im Ausland.
- Überall gibt es viel mehr Potential, als wir mit diesem Mix vorschlagen. Wenn ein Weg Probleme bereitet, werden andere Wege ausgebaut.



work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)



## 50 Jahre Frauenstimmrecht (3): Emilie Lieberherr Animal politique



**EMILIE LIEBERHERR: Die wortgewaltige Frauenrechtlerin wusste sich in Szene zu setzen. Mit Tiger-Baby im Zürcher Zoo.** FOTO: PD

Dienstagmorgen am Zürcher Helvetiaplatz, Markttag. Die Türen des Amtshauses öffnen sich. Heraus tritt die Sozialvorsteherin mit einem Korb am Arm. Sie grüsst huldvoll nach allen Seiten und kauft ihr Gemüse ein.

Das war Emilie Lieberherr, «animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Sie war Regisseurin und Hauptdarstellerin in Personalunion, genoss das Bad in der

Menge, war volksnah im besten Sinne. Sie jasste in den Zürcher Beizen, sie kannte «ihre Zürcher» – und die Leute sprachen sie überall auf Nöte und Probleme an.

### DER ROTE MANTEL

Emilies Leben beginnt 1924 in Erstfeld, Uri, als Tochter einer Italienerin und Hausfrau und eines Maschinenbauers aus dem Thurgau. Im ka-

tholischen Internat in Ingenbohl SZ findet sie ihre Lebensrolle als Agitatorin, damals gegen Faschismus und Nationalsozialismus.

Kaum eine Politikerin war so lange, so konsequent und so beschwingt aktiv wie Lieberherr. Nach ersten Berufsjahren bei der Schweizerischen Bankgesellschaft studierte sie als Werkstudentin Volkswirtschaft. 1956 ging sie mit ihrer Freundin Minnie

### «Ihr braucht vielleicht einen Psychiater, ich nicht!»

EMILIE LIEBERHERR

Rutishauser nach New York, wo sie vom Schauspieler Henry Fonda als Kinderfrau für seine beiden Kinder Jane und Peter engagiert wurde. Zurück in der Schweiz, begann Emilie Lieberherr ab Anfang der 1960er Jahre als Kämpferin für das Frauenstimm- und -wahlrecht ihre politische Laufbahn.

Sie war ein Glücksfall für die Sache der Frauen: wortgewaltig, energisch und begnadete Strategin. Sie trat der SP bei und war Mitorganisatorin des berühmten Frauenstimmrechts-Marsches nach Bern von 1969. Ihre «Brandrede», wie sie es selbst nannte, hielt sie vor dem Bundeshaus. Der rote Mantel, den sie damals trug – eine typische Lieberherr-Inszenierung –, wurde von ihr danach über die Jahrzehnte immer wieder eingesetzt und ist heute im Landesmuseum ausgestellt. Es ist nicht das Original von 1969, denn Emilie hatte den Mantel laufend modisch erneuert.

### DIE VERSTECKTE LIEBE

Nach den Mühen der Berge folgten die Mühen der Ebenen. Für diese hatte Emilie wenig Sinn. Die neue Frauenbewegung blieb ihr fremd, die Forderungen der Jugendbewegung verstand sie nicht. Sie war rechthaberisch und selbstherrlich. 1990 wird Emilie Lieberherr schliesslich aus der SP ausgeschlossen. Das Fass bringt sie



zum Überlaufen, als sie sich öffentlich für den freisinnigen Thomas Wagner für das Stadtpräsidium ausspricht. Die Wahl gewinnt der SPler Sepp Estermann, der später die Stimmung im Stadtrat als höllisch schildert. Sein Vorschlag, man solle einen Mediator beiziehen, kontert Lieberherr mit: «Ihr braucht vielleicht einen Psychiater. Ich nicht!»

Emilie Lieberherr hat die Gleichstellung der Frauen massgeblich vorgebracht. Aber sie war keine Wegbereiterin der Lesbenbewegung. Die Beziehung zu ihrer Lebensgefährtin Minnie Rutishauser, mit der sie fast 70 Jahre zusammengelebt hatte, blieb versteckt. Erst viele Jahre nach ihrem Rücktritt aus dem Stadtrat trat Emilie Lieberherr erstmals öffentlich mit ihr auf. Man kann es ihr nicht verübeln, denn die soziale Ausgrenzung als Lesbe hätte sie als Politikerin kaum überstanden. DORE HEIM

### work-Serie: Stimmrechtsfrauen



Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin

Dore Heim die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtieren. Bisher gewürdigt wurden: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Und Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. [rebrand.ly/zenhaeusern](http://rebrand.ly/zenhaeusern)  
[rebrand.ly/provokateurin](http://rebrand.ly/provokateurin)



ILLU: WORK

### Die Briefträgerin & das Kaffeesäuli

Es gibt schon Ferkel, dachte die Briefträgerin unlängst, als sie den eingetrockneten braunen Schmutz im grauen Kunststoff-Briefbehälter BB sah, der dem Transport der sortierten Post



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

dient. Und entschuldigte sich sofort insgeheim bei den vierbeinigen Säuli für die Beleidigung. Sie konnte sich nicht recht erklären, wie die Kaffeeflecken in das Kistchen gekommen waren. Weggeputzt hatte der Verursacher oder die Verursacherin sie nicht.

**KAPSELN.** Ein paar Tage vergingen, und dann fiel bei der Briefträgerin das Zwänzgi. Aus dem Ablagefach eines Briefkastens

### «Es gibt schon Ferkel, dachte die Briefträgerin unlängst.»

auf ihrer Tour hing der bekannte schwarz-gelbe Plasticstreifen heraus, die Briefträgerin öffnete das Fach und packte den dazugehörigen prallen Sack. Er tropfte. Kaffee... Nespressoerksapselnrücknahmefservice – kein offizieller Begriff, aber er fasst zusammen, worum es bei diesem Postangebot geht. Die ansonsten Zustellenden sammeln als Abholende die leeren Aluminiumkapseln von Nestlé ein. Auf der Internetseite des «Pioniers im Bereich des portionierten Kaffees» zeigt ein Filmchen, wie ein gesichtsloser Postbote die Dienstleistung erbringt. Dabei sind auch die grauen Kistchen kurz zu sehen. Alu sei das beste Kaffeeverpackungsmaterial, erfährt die Briefträgerin im Werbefilm, und unendlich oft recycelbar. Dadurch verringere sich der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck der Verpackung um 20 Prozent. «Verschliessen Sie den Beutel», heisst es dann im Film. Leider ohne die Ergänzung «gut» oder «richtig».

**NICHT DICHT.** Viele Nespresso-Konsumierende achten nicht darauf, ob ihr Leergut-Sack dicht ist oder nicht. Sie überlegen nicht, wie die Brieftragenden die saftenden Beutel zum Sammelplatz bringen können, ohne die Briefsendungen in ihrem Gepäck zu versauen. – Exgüse, Sau! Nun, es gibt Schlimmeres, viel Schlimmeres. Und für vieles eine Lösung. Jetzt grad freut sich die Briefträgerin ein wenig darüber, dass im Filmchen das Ablagefach «Milchkasten» heisst, so völlig unzeitgemäss. Und dass es der Mann des Paares ist, der den Kaffee serviert und das Leergut entsorgt.

## 1000 trotzen Wind und Wetter an der Kita-Demo in Zürich: «Gaggi i de Windle?» – «Gaggi im System!»

**Kinderbetreuende sind mies bezahlt und ständig im Stress. Nun lancieren sie eine kräftige Gegenoffensive.**

JONAS KOMPOSCH

Rauher Wind und Regen vergaulten vielen den Tag. Nicht aber den Kinderbetreuenden der gewerkschaftlichen Basisgruppe Trotzphase. Unter dem Hashtag

### Kitas sollten gratis sein – wie die Volksschule.

#KitasAmLimit haben sie schon vor Monaten zu einer Demonstration in Zürich aufgerufen. Für mehr Anerkennung, Personal und Lohn. Damit gewannen sie Woche für Woche neue Unterstützung: die Gewerkschaft VPOD, das Elternkomitee für faire Kitas, das Frauengruppenkollektiv usw. Sie alle trotzten dem Hudelwetter. Und zwar massig!

**VOLLTREFFER.** Sicher 500 Protestierende, mehrheitlich junge Frauen, versammelten sich vor dem Zürcher Rathaus. Und bereits in der Bahnhofstrasse war der Demo-Zug auf über 1000 Personen angewachsen. Die dort Bummelnden staunten nicht



**KINDERBETREUUNG AM LIMIT: Kita-Betreuerinnen und Eltern fordern einen Gesamtarbeitsvertrag.** FOTO: VPOD

schlecht. Denn eine eigenständige Demo von Kinderbetreuenden gab es noch nie. Und dann diese Sprechchöre: «Chind erzieh: chömmmer vom Feinschte. Aber eigeni: chömmmer ois nöd leischte!» Ein Volltreffer in Zürichs Luxusmeile. Ebenfalls für Aufsehen sorgte eine junge Hortleiterin: «Gaggi i de Windle?» rief sie durchs Megaphon. Und aus hundert Kehlen schallte es zurück: «Gaggi im System!» Ein nicht unbegründetes Fazit.

Die Kinderbetreuung ist in der Hand grosser Ketten und profitorientierter Privater. Öffentliche Unterstützung gibt's nur spärlich. Aggressiver Wettbewerb und hoher Kostendruck sind die Folge. Dazu die Basisgruppe Trotzphase: «Leidtragende sind wir Betreuende sowie die Kinder und die Eltern, die den grössten Teil der Kosten selber tragen.» Und obwohl der Bund die Kinderbetreuung seit Corona zu den systemrelevanten Berufen zählt,

hat sich die Situation noch verschärft. Der Kita-Konzern Pop e Poppa etwa kürzte die Löhne, erhöhte aber die Prämien.

Doch nach breiter Kritik schlug CEO Frédéric Baudin ganz andere Töne an: «Wir sind der Überzeugung, dass es einen GAV braucht», sagte er dem Online-magazin «Republik». Einen GAV forderte auch die Demo. Aber auch, dass Kitas zum Service public werden – und damit gratis wie die Volksschulen.





# Chinesische Kriegsdrohnen: Sind die Kampfflugzeuge von Viola Amherd technologisch schon jetzt überholt?

**Die intelligenteste Kritik an neuen Kampfbombern für die Schweizer Armee kam von Israel: 10 bis 12 neue Jets würden ausreichen, den Rest des Geldes würde man besser in Drohnen stecken.**

Wenn die Wahlzettel der Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer rechtzeitig eingetroffen wären, dann wären die Viola-Bomber abgestürzt. Hätte, hätte Fahrradkette. Der Bundesrat ist neu eine Geisel der Amerikaner. Sie wollen und werden in Payerne eine neue Militärbasis mit F-35-Bombern errichten. Auf Kosten der Schweizer Steuerzahlenden. Die Hoffnungen ruhen auf einer zweiten Initiative der GSoA. Nur weil die Abstimmungszettel der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland nicht mitgezählt wurden, hat eine real nicht existierende Mehrheit Viola Amherd einen Blankocheck über 24 Milliarden ausgestellt. SP und Grüne packten nicht den Zweihänder aus, um diesen Vogel abzuschliessen, sondern behielten ihre Hände in den Hosensäcken. Wollte man nichts gegen Viola Amherd machen? Freuten sich einige sogar auf das Chaos, das jetzt losgehen wird, wenn US-Präsident Donald Trump und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron uns überflüssige Kampfbomber auf das Auge drücken wollen?

Die intelligenteste Kritik kam aus Israel. 10 bis 12 neue Kampfflugzeuge würden ausreichen, den Rest des Geldes

würde man besser in Drohnen stecken.

Eilt es? Nein, denn die neuen Amherd-Bomber sollen erst im Jahre 2030 in Betrieb genommen werden. 10 Jahre sind angesichts des technischen Fortschritts, der auch in der Rüstungsindustrie für Beschleunigung sorgt, eine halbe Ewigkeit.

**PREISUNTERSCHIED.** China will mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern bis 2045 zur stärksten Militärmacht der Welt werden. Es exportiert zunehmend Rüstungsgüter in Länder, die ihm nicht gefährlich werden können. Zu Spottpreisen, die nur einen Bruchteil der US-amerikanischen Konkurrenzpreise ausmachen. Eine Reaper-Drohne der Amerikaner kostet 14 Millionen Schweizerfranken. Eine vergleichbar gute chinesische Wing Loong dagegen nur 1 Million Franken.

Im aktuell immer noch tobenden libyschen Bürgerkrieg werden diese chinesischen Killermaschinen höchst erfolgreich eingesetzt. Dank tödlichen Bomben und Lenkflugkörpern.

Die chinesische Drohne kann, in Ambri-Piotta startend, Häuserblocks in Minsk in Schutt und Asche legen, um dann bei der Rückkehr auf dem



**WING LOONG: So heisst diese chinesische Drohne. Kostenpunkt: 1 Million Franken. Ihr US-amerikanisches Pendant kostet 14 Millionen.** FOTO: WIKIPEDIA / KALABAHA 1996

Andermatt Golfplatz zu landen. Denn sie hat eine Reichweite von 4000 Kilometern.

**AUFRÜSTUNG.** Warum sind die Chinesen so innovativ und verkaufen derart günstig? Ein Grund ist die doppelte Nutzung der gleichen Technologien für zivile und militärische Anwendungen. Und die totale Kontrolle der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger. Artikel 7 des chinesischen Geheimdienstgesetzes hält fest: «Jede Organisation, jeder Bürger soll mit der staatlichen Geheimdienstarbeit kol-

laborieren, diese im Sinne des Rechts unterstützen und Stillschweigen gegenüber der Öffentlichkeit bewahren.» Erinnert stark an das Schweizer Zivilverteidigungsbüchlein aus der geistigen Landesverteidigung. Wie weit werden die Chinesinnen und Chinesen technisch mit ihren Drohnen sein, wenn Viola Amherd oder ihre Nachfolgerin 2030 die neuen Kampfbomber in Betrieb nehmen wird? Sehr viel weiter. Werden die uns umgebenden Nato-Länder parallel dazu aufrüsten? Logo. Gibt es 2030 ein neues Gleichgewicht des Schreckens? Absehbar ja.

**LINKS ZUM THEMA:**

● [rebrand.ly/gripen-trauer](https://rebrand.ly/gripen-trauer)  
Der Berner Journalist Niklaus Ramseyer, genannt Nick Knatterton, war Panzerhauptmann der Schweizer Armee. Er bedauert, dass die Linke den Gripen bachab geschickt hat. Und die Schweizer jetzt in Payerne für die Amerikaner eine neue Nato-Basis errichten und bezahlen müssen.

● [rebrand.ly/vbs-luege](https://rebrand.ly/vbs-luege)  
Alle, die für die neuen Kampfbomber gestimmt haben, sollten diesen K-Tipp-Beitrag reinsaugen. Das VBS hat uns nach Strich und Faden belogen. Kläglich versagt hat leider auch das ABC-Labor von Spiez.

● [rebrand.ly/abruestung](https://rebrand.ly/abruestung)  
Es gab gar keine ernsthafte Debatte, ob Drohnen innert zehn Jahren Kampfflugzeuge ablösen. Obwohl viele Fachleute uns vor einem Fehlentscheid warnten. Was bedeutet eine Fehlinvestition mit Folgekosten von gesamthaft 24 Milliarden Franken? Eigentlich genau genommen nichts anderes als einen Beitrag zur Abrüstung.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

**STOPPT PESTIZIDE!**

Sterben die Bienen aus, sind auch wir Menschen in Gefahr.

Schütze gemeinsam mit Greenpeace die Bienen:

Spende zwischen 1 und 99 Franken per SMS. Beispiel: GP BIENEN 15 an 488\*

**GREENPEACE**

\* Die Kosten der SMS entsprechen deinem Mobilfunkanbieter-Vertrag. Mit dem Senden der SMS spendest du Greenpeace deinen Wunschbetrag und stimmst zu, dass Greenpeace dich kontaktieren darf.

**MOVENDO**

**Pensionskassen: Schulung der Arbeitnehmendenvertretung in den Stiftungsräten**

Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Movendo vermittelt in einem Basis- und Aufbaukurs die Grundlagen zur Ausübung dieser wichtigen Aufgabe:

D1.9.2002	Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten 2.– 3. November 2020, Bern, Hotel Bern
D1.9.2004	Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten 16.– 17. November 2020, Bern, Hotel Bern

Wir freuen uns auf deine Anmeldung:

Movendo  
Monbijoustrasse 61  
3007 Bern  
Tel. 031 370 00 70  
info@movendo.ch  
www.movendo.ch



## Wiederentdeckung des grossartigen Meinrad Peier (1903–1964)

# Auf links geschnitten

**Meinrad Peier ist heute weitgehend vergessen. Dabei gehörte er einst zu den engagiertesten Künstlern in der Schweiz.**

RALPH HUG

Er legte keinen Wert aufs Rampenlicht. Und Ausstellungen ausserhalb des Kantons Solothurn interessierten ihn wenig. Am wohlsten war es ihm im Bauernhof Losterf, wo er als Primarlehrer arbeitete. Ist das der Grund, weshalb der Holz- und Linolschneider Meinrad Peier ziemlich unbekannt blieb? Das Kunstmuseum Olten holt ihn jetzt aus

**Peier war in der Kultur der Arbeiterbewegung verwurzelt.**

der Vergessenheit. Direktorin Dorothee Messmer erzählt: «Wir haben vom Sohn den gesamten Nachlass erhalten und arbeiten ihn jetzt auf.» Da wurde ein veritable Schatz gehoben. Denn Peier zählt aus heutiger Sicht zu den bedeutendsten Linolschneidern der Schweiz.

### DAS TROMMELNDE SKELETT

Peier war in der Kultur der Arbeiterbewegung verwurzelt: Er wanderte mit den Naturfreunden, war Vorturner im Satus-Turnverein, sang im Arbeiter-Männerchor mit und setzte sich in der Gewerkschaft für die Arbeiterbildung ein. In seiner Kunst gab er seinem politischen Engagement Ausdruck. Zum Beispiel dem Antifaschismus. So denunzierte er die Naziführer Goebbels und Göring als Hetzer und Kriegstreiber. In eindrücklichen Holzschnitten führte er die Schrecken des Zweiten Weltkriegs vor Augen. Da trommelt ein Skelett mit Offiziershut unverdrossen unter rau-

chenden Kanonen zur Front. 1941 stellte er in einem Linolschnitt eine Frau und ihr Kind dar – beide tragen Gasmasken. «Ist das noch Zivilisation?» scheint Peier zu fragen. In wichtigen Schnitten zeigt er oft auch den werktätigen Menschen in Fabriken und auf dem Bau.

Peiers Arbeiten erschienen während zwanzig Jahren in der Samstagausgabe der sozialdemokratischen Zeitung «Das Volk», die später «Solothurner AZ» hiess. Die Texte in Gedichtform dazu lieferte meistens der SP-Regierungs- und -Ständerat Gottfried Klaus, mit dem er befreundet war. Die beiden bildeten ein kongeniales Paar, das die linke Kultur im Solothurnischen lange Zeit prägte. Peier hatte aber auch andere, beschauliche Seiten. Viele Holzschnitte zeigen Stillleben, Sonnenblumen, Dorfansichten, Szenen aus dem bäuerlichen Leben oder idyllische Naturlandschaften. Peier wusste, was die einfachen Leute gerne in die Stube hängen wollten. Er respektierte ihren Geschmack und ihr Bedürfnis nach Eintracht und Harmonie.

### STILLER KÜNSTLER

«Die Holzschneider sind die Stillsten unter den Künstlern», sagt der Kunstkritiker Peter Killer. Das passt zu Meinrad Peier. Er schuf sein Werk ohne grosses Brimborium, wollte es lieber für sich sprechen lassen, als sich selber zu inszenieren. Diese innere Qualität überzeugt noch heute. Dass wir ihn heute überhaupt in dieser Breite sehen können, ist auch einigen aufmerksamen jungen Linken zu verdanken. Sie verhinderten einst, dass die Genossenschaftsdruckerei Olten die Drucke achtlos wegwarf.

**Ausstellung im Kunstmuseum Olten** bis 8. November. Zusätzlich zu Peier sind Holzschnitte von Alois Lichtsteiner, Scarlet Mara, Josef Felix Müller und Selina Zürcher zu sehen. **Am 27. Oktober referieren Peter Killer und der Historiker Peter Heim** über Meinrad Peier. [www.kunstmuseumolten.ch](http://www.kunstmuseumolten.ch)



**POLITISCHER KOMMENTATOR:** Ein undatiertes Holzschnitt von Meinrad Peier zeigt den Nazi-Propagandaminister Joseph Goebbels. FOTO: KUNSTMUSEUM OLTEN

## Dokfilm im Kino «I am Greta»

Kennen Sie den? Trifft der US-Präsident auf Klimaaktivistin Thunberg: «I am great», prahlt Trump. Darauf sie: «I am Greta.» Dass sie «grossartiger» sei als Trump, könnte Thunberg mit Fug und Recht behaupten. Denn mit ihren 17 Jahren gehört sie bereits zu den 100 einflussreichsten Persön-



**Klimaaktivistin Greta Thunberg.** FOTO: KEY

lichkeiten der Welt. Kein Wunder, haben Hinz und Kunz eine gefestigte Meinung über die Schwedin. Doch was wissen wir wirklich über die junge Ikone? Und woher kommt ihre Kämpferinnennatur? Antworten gibt jetzt ein spannender und sensibler Dokumentarfilm von Nathan Grossman. Zwei Jahre begleitete der Regisseur Greta mit der Kamera. Und zwar nicht nur während öffentlicher Auftritte, sondern auch auf strapaziösen Reisen oder im Kreis ihrer Familie.

**I am Greta.** Schweden 2020, Regie: Nathan Grossman, Kinostart: 16. Oktober.

## 1980er Ausstellung Als Zürich brannte

Lange war die Limmatstadt ein biederlangweiliges Pflaster, dann kam das Jahr 1980, und Zürich brannte. Die Jugend rebellierte gegen einen normierten und kontrollierten Alltag, gegen ein engstirniges und repressives soziales Klima und forderte mitunter lustvoll utopische Dinge wie: «Freie Sicht aufs Mittelmeer, nieder mit den Alpen!». Die urbane Revolte hielt zwei Jahre an und veränderte das Stadtleben radikal. Nun thematisiert eine Doppelausstellung diese heisse Zeit. Mit einzigartigen Bildern der Fotografin Gertrud Vogler (1936–2018) wird der «bewegte Alltag» von damals greifbar, auch jener abseits der Strassenschlachten. Und ein weiterer Raum beherbergt eine multimediale Schau «poetischer Provokationen», also Flugblätter, Videos, Plakate und Musikstücke.

Ausstellung **Zürich 1980**, im Zentrum Architektur Zürich, Höschgasse 3, Zürich. Geöffnet von Mittwoch bis Sonntag, 14 bis 18 Uhr. Veranstaltungsprogramm unter: [rebrand.ly/1980er](http://rebrand.ly/1980er)

## workxl der wirtschaft

David Gallusser



## MACHT UND BILDUNG: WAS DIE SCHWEIZ VOR UNGLEICHHEIT SCHÜTZT

In der Schweiz hat sich seit 1980 die Einkommensschere geöffnet. Die obersten 0,1 Prozent konnten ihr Einkommen kaufkraftbereinigt um 43 Prozent steigern (siehe Grafik) – heute gehört man mit 1,3 Millionen Franken Jahreseinkommen dazu. Das ist deutlich mehr als bei den tiefen und mittleren Einkommen. So ist das höchste Einkommen der untersten 10 Prozent (derzeit 22 600 Franken) nur um 23 Prozent gewachsen. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Und trotzdem erscheint sie geradezu harmlos im Vergleich zum Anstieg der Ungleichheit in den USA, wo die obersten 0,1 Prozent ihre Einkommen mehr als verdreifacht konnten, während die untersten 10 Prozent heute einen Fünftel weniger zum Leben haben als noch 1980.

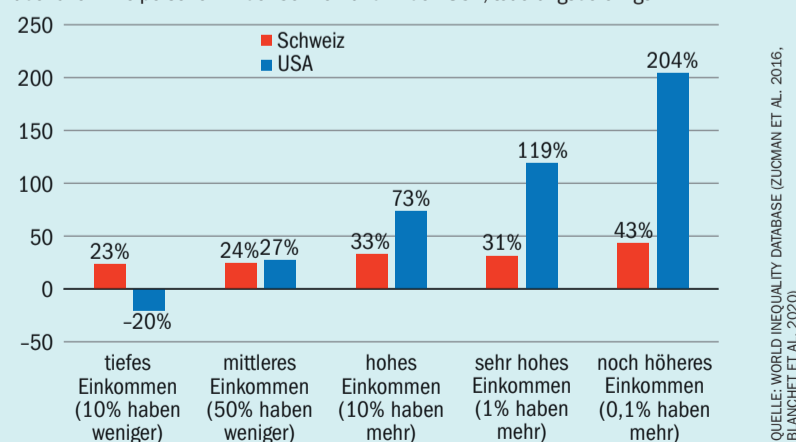
**WICHTIGE BERUFSBILDUNG.** Ein wichtiger Grund für den geringeren Anstieg der Ungleichheit ist das Schweizer Bildungssystem. Im Gegensatz zu den USA können bei uns weite Kreise von

einer guten Bildung profitieren. Die Berufslehre und die höhere Berufsbildung sorgen dafür, dass auch Arbeitnehmende ohne Uni-Abschluss gut auf die Anforderungen in der Arbeitswelt vorbereitet sind und wirtschaftlich nicht abgehängt werden. Mindestens so wichtig wie die Bildung ist die Macht der Normalverdienenden gegenüber den Firmen und Managern. Institutionen, die diese Macht stützen, wurden in den USA über die letzten Jahrzehnte geschwächt.

**MINDESTLÖHNE UND GAV.** Besonders die sinkenden Mindestlöhne und die Mitgliederverluste der US-amerikanischen Gewerkschaften haben den unteren und mittleren Löhnen schwer zugesetzt. Dagegen konnten die Gewerkschaften in der Schweiz in der gleichen Zeit mehr Gesamtarbeitsverträge erkämpfen. Zugleich wurden die meisten Angriffe auf Arbeitnehmendenrechte und Sozialversicherungen abgewehrt. Zurücklehnen können wir uns deswegen aber noch lange nicht.

### Mehr und sehr viel mehr Ungleichheit

Einkommenswachstum zwischen 1980 und 2017 nach Einkommensklasse (Quantil) über alle Einzelpersonen in der Schweiz und in den USA, teuerungsbereinigt



Dank aggressiven Gewinnsteigerungen und Boni-Kultur konnten sich auch hiesige Aktionäre und Kader immer mehr bereichern. Und Angriffe auf den Lohnschutz und die Renten gehören leider nach wie vor zur Tagesordnung. Eine Trendwende zu weniger Ungleich-

heit können wir dies- und jenseits des Atlantiks nur erreichen, wenn sich wieder mehr Beschäftigte gemeinsam für bessere Einkommen starkmachen.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)

## US-Arbeiterbewegung Links der Linken

Wann immer irgendwo Randalen ausbrechen, twittert Donald Trump, wer dahintersteckt: «Anarchists!» Tatsächlich will der Anarchismus alles andere als Chaos und Gewalt. Dafür stand zum Beispiel der legendäre Malerarbeiter und Publizist Sam Dolgoff (1902 bis 1990). Dieser aus Weissrussland stammende Anarchist engagierte sich ein Leben lang gegen die Unordnung unter dem Kapitalismus. Dies tat Dolgoff als aktives Mitglied der Industrial Workers of the World (IWW), einer länderübergreifenden revolutionären Gewerkschaft. Mit ihr prägte der Agitator und Stratege die amerikanische Arbeiterbewegung. In «Links der Linken» erzählt sein Sohn Anatole das turbulente Leben seines Vaters aus erster Hand.

Buchvorstellung **Links der Linken. Sam Dolgoff und die radikale US-Arbeiterbewegung** mit Verleger Lou Marin und der IWW Jura-Alpen-Mittelland. Zürich, 21. Oktober, 20 Uhr, Infoladen Kasama, Militärstrasse 87a. Bern, 22. Oktober, 19 Uhr, de\_block, Waldmannstrasse 17.





**Markus Widmer**  
von der Unia-Arbeitslosenkasse  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

**Das  
offene  
Ohr**

## IV-Rente gestrichen: Was kann ich tun?

Ich habe während rund 10 Jahren eine ganze Invalidentrente bezogen. Kürzlich fand eine IV-Revision statt. Anlässlich dieser IV-Revision wurde mir völlig unerwartet die IV-Rente gestrichen und jetzt auch noch die BVG-Rente. Ich bin nun gezwungen, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Dies wird wegen meiner rund 10jährigen Abwesenheit vom Arbeitsmarkt sehr schwierig werden. Was können Sie mir raten?

**MARKUS WIDMER:** Da Sie in den letzten zwei Jahren nicht gearbeitet haben, erfüllen Sie die Mindestbeitragszeit von 12 Monaten nicht. In der oben erwähnten Konstellation gelten Sie als beitragsbefreite Person. Sie haben somit Anrecht auf Arbeitslosentaggeld. Voraussetzung ist jedoch, dass die Aufhebung der IV-Rente nicht länger als ein Jahr zurückliegt und Sie in dieser Zeit Wohnsitz in der Schweiz hatten. Da diese Voraussetzungen bei Ihnen erfüllt sind, raten wir Ihnen, sich beim RAV anzumelden. Die Arbeitslosenversicherung wird nun in einem ersten Schritt die Höhe Ihres Taggeldes berechnen. Dieses ist abhängig von Ihrer höchsten absolvierten Ausbildung und beträgt in Ihrem Fall zwischen 102 Franken pro Arbeitstag (ohne Abschluss der obligatorischen Schule) und 153 Franken pro Arbeitstag (höhere Fach- und Berufsprüfungen, Fachhochschulen, pädagogische Schule oder universitäre Hochschulen usw.). Davon erhalten Sie 80 Prozent abzüglich der Prämien für die obligatorischen Sozialversicherungen ausbezahlt. Die Bezugsdauer beträgt 90 Taggelder. Sollte dieser Betrag die Lebenshaltungskosten für Sie nicht abdecken, können Sie ergänzend Sozialhilfe beziehen. In diesem Fall müssen Sie auf dem Sozialamt Ihrer Wohngemeinde ein Gesuch einreichen.

## Unfalltaggelder ausbezahlt, IV-Entscheid noch fällig: Was kann ich tun?

Ich habe eine Lehre als Elektromonteurin abgeschlossen und hatte vor vier Jahren einen schweren Unfall. Ich konnte seit diesem Unfall nicht mehr arbeiten. Die Unfallversicherung der Firma hatte während 720 Tagen Unfalltaggelder ausgezahlt. Danach hat mir der Chef vor zwei Jahren gekündigt. Die Abklärungen mit der IV laufen immer noch. Zurzeit bin ich zu 20 Prozent erwerbsfähig. Was soll ich tun?

**MARKUS WIDMER:** Voraussetzung ist auch hier, dass Sie in den vergangenen zwei Jahren wegen des Unfalls während mehr als 12 Monaten nicht voll erwerbstätig sein konnten und während der ganzen Zeit Wohnsitz in der Schweiz hatten. Dies ist bei Ihnen der Fall. Sie haben somit Anspruch auf Arbeitslosentaggeld. Das Taggeld ist wiederum abhängig von der zuletzt absolvierten Ausbildung. Da Sie über einen Lehrabschluss verfügen, wird das Taggeld 127 Franken pro Werktag betragen. Davon werden Ihnen 80 Prozent ausbezahlt. Von diesem Betrag werden Ihnen die Prämien für die obligatorischen Sozialversicherungen abgezogen. Die Leistungspflicht der Arbeitslosenkasse ist auf 90 Taggelder beschränkt. Wer sich unmittelbar nach erfolgter Kündigung bei der Arbeitslosenkasse anmeldet, kann mehr Taggelder beziehen und erhält zudem ein höheres Taggeld. Um Ihren Anspruch geltend zu machen, raten wir Ihnen, sich umgehend beim RAV zu melden.

## 16 workservice 2. Oktober 2020

### Krankenkasse (I): So funktioniert die Prämienverbilligung

# Glück hat, wer im richtigen Kanton wohnt

Unter den hohen Prämien leiden besonders Menschen mit bescheidenem Einkommen. Für sie hat der Bund die Prämienverbilligung geschaffen. Zuständig sind aber die Kantone, und die kochen alle ihr eigenes Stüppchen.

MARTIN JAKOB

Seit 1996 gilt in der Schweiz das Krankenversicherungsgesetz. Ach, was wurde uns damals alles versprochen! Eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung bei massvoller Kostenentwicklung. Ausserdem mehr Solidarität zwischen Kranken und Gesunden, Armen und Reichen...

Seither ist die mittlere Jahresprämie mit 300 Franken Franchise von 1525 auf 4447 Franken im Jahr 2019 gestiegen (plus 192 Prozent). Die Löhne kletterten im gleichen Zeitraum gerade mal um 27 Prozent. Klar, dass der Prämienanstieg die tiefen Einkommen ungleich härter trifft als die hohen. Ein kinderloses Paar, das 1996 ein Jahreseinkommen von 60 000 Franken erzielte, musste 5 Lohnprozente für die Krankenkassenprämie aufwenden. Heute, bei 76 000 Franken Jahresverdienst (60 000 Franken plus 27 Prozent), sind es bereits 11,7 Prozent. Wer doppelt so viel verdient, gab für die gleiche Prämie 1996 nur 2,5 Lohnprozente aus, aktuell sind es 5,8 Prozent.

#### KANTONE AUF DER BREMSE

Um den Anspruch auf Solidarität zwischen Armen und Reichen einzulösen, hätte es im neuen Gesetz eine einkommensabhängige Prämie gebraucht. Doch die rechte Mehrheit legte sich damals quer und schuf stattdessen die «Prämienverbilligung durch Beiträge der öffentlichen Hand». Das Gesetz verpflichtet demnach die Kantone, sich bei Versicherten mit bescheidenem Einkommen an den Kosten der Prämien zu beteiligen.

An die Gesamtkosten dieser individuellen Prämienverbilligung (IPV) steuert der Bund 7,5 Prozent der Gesamtkosten der obligatorischen Krankenversicherung bei. Sein Beitrag wächst also mit dem steigenden Prämien mit. Die Kantone jedoch haben einen grossen Spielraum bei der Wahl des Verfahrens, ebenso wie bei der Fest-

legung der Einkommensgrenzen und der Kriterien, die zur Prämienverbilligung berechtigen. Sie können selber bestimmen, wie das Einkommen berechnet wird und wie hoch die Verbilligung bei Erwachsenen ausfällt.

Diesen Spielraum nutzten in den vergangenen Jahren viele, um auf dem Buckel von unteren und mittleren Einkommen zu sparen.

#### Nur bei Kindern und jungen Erwachsenen ist der Beitrag fix geregelt.

Im Kanton Luzern stoppte das Bundesgericht 2019 eine besonders unverfrorene Kürzung der Leistungen, seither haben auch andere Kantone nachgebessert – mindestens so weit, dass sie nun dem Bundesgerichtsurteil gerade mal Genüge tun. Nach wie vor kann es aber gut sein, dass Versicherte nach dem Umzug in einen anderen Kanton plötzlich keine Verbilligung mehr oder eine tiefere erhalten – und umgekehrt.

#### WAS FÜR ALLE GILT

Das Krankenversicherungsgesetz enthält nur wenige feste Regeln für die Prämienverbilligung. Ein Anrecht haben Wenigverdiener – ob sie Schweizer Bürger, niedergelassen oder Grenzgängerinnen aus der EU sind. Bei unteren und mittleren Einkommen müssen die Prämien der Kinder um mindestens 80 Prozent, jene von jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50 Prozent verbilligt werden. Zudem sind die Kantone verpflichtet, ihre Bevölkerung regelmässig über das Recht auf Prämienverbilligung zu informieren. Wie diese Information erfolgt, liegt im Gutdünken der Kantone.

#### VIEL BÜROKRATIE

Die Verfahren der Kantone unterscheiden sich beträchtlich (siehe Tabelle). Nur die Kantone AI, BE, UR und VS berechnen von Amtes

## Je nach Kanton hohe Hürden

Wie die Deutschschweizer Kantone die Prämienverbilligung abwickeln. Und wie Sie zu Informationen kommen.

Kanton	Ermittlung der Anspruchsberechtigung	Anmeldefrist	Website	Online-Rechner
Aargau	Benachrichtigung	31. Dezember	rebrand.ly/ipvaargau	rebrand.ly/agrechner
Appenzell AI	automatisch	–	rebrand.ly/ipvai	–
Appenzell AR	Benachrichtigung	31. März	rebrand.ly/ipvar	–
Basel-Stadt	Antrag	Anmeldung jederzeit möglich	rebrand.ly/ipvbasel	rebrand.ly/bsrechner
Basel-Landschaft	Benachrichtigung	Bis 1 Jahr nach Erhalt der Benachrichtigung	rebrand.ly/ipvbaselland	–
Bern	automatisch	–	rebrand.ly/ipvbern	rebrand.ly/berechner
Glarus	Benachrichtigung	31. Januar	rebrand.ly/ipvglarus	–
Graubünden	Erstantrag, danach Benachrichtigung	31. Dezember	rebrand.ly/ipvgraubuenden	rebrand.ly/grrechner
Luzern	Erstantrag, danach Benachrichtigung	31. Oktober des Vorjahres	rebrand.ly/ipvluzern	rebrand.ly/lurechner
Nidwalden	Benachrichtigung	30. April	rebrand.ly/ipvniwalden	rebrand.ly/nwrechner
Obwalden	Benachrichtigung	31. Mai	rebrand.ly/ipvobwalden	rebrand.ly/owrechner
Schaffhausen	Benachrichtigung	30. April	rebrand.ly/ipvschaffhausen	–
Schwyz	Benachrichtigung	30. September des Vorjahres	rebrand.ly/ipvschwyz	rebrand.ly/szrechner
Solothurn	Benachrichtigung	31. Juli	rebrand.ly/ipvsolothurn	–
St. Gallen	Benachrichtigung	31. März	rebrand.ly/ipvstgallen	rebrand.ly/sgrechner
Thurgau	Benachrichtigung	30 Tage nach Erhalt der Benachrichtigung	rebrand.ly/ipvthurgau	–
Uri	automatisch	–	rebrand.ly/ipvuri	–
Wallis	automatisch	–	rebrand.ly/ipwwallis	–
Zug	Benachrichtigung	30. April	rebrand.ly/ipvzug	rebrand.ly/zgrechner
Zürich	Benachrichtigung	30 Tage nach Erhalt der Benachrichtigung	rebrand.ly/ipvzuerich	–

QUELLEN: MONITORING BAG 2017, WORKRECHERCHEN

#### DIE INITIATIVE

## MAXIMAL 10 PROZENT!

Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes 1996 sind die Prämien massiv gestiegen. Viele Kantone schmürzelen bei der Berechnung der Prämienverbilligung und gestalten das Antragsverfahren schikanös. Untere und mittlere Einkommen werden deshalb durch die Prämien viel stärker als zumutbar belastet: Je nach Haushaltsgrösse und Kanton kostet sie die Krankenversicherung bis zu 24 Prozent des verfügbaren Einkommens – trotz Prämienverbilligung!

**ENTLASTUNG.** Die SP Schweiz hat deshalb im Januar dieses Jahres die Prämienentlastungsinitiative eingereicht. Sie fordert, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Prämien aufwenden muss. Und die Prämienverbilligung soll in allen Kantonen nach gleichen Regeln zugesprochen werden. «Dann wäre Schluss mit dem unmöglichen Flickenteppich, wie wir ihn heute haben», sagt SP-Nationalrätin und Gesundheitspolitikerin Barbara Gysi. Bereits hat der Bundesrat einen indirekten Gegenvorschlag in Aussicht gestellt, der zu wenig zusätzliche Mittel bereitstellt und zu viel beim Alten beliesse. «Ungenügend», urteilt Gysi. Sie stellt sich auf ein hartes Ringen im Parlament ein. (jk)

[www.bezahlbare-praemien.ch](http://www.bezahlbare-praemien.ch)

#### WORKTIPP

### PLUS 0,5 PROZENT

Die Krankenkassenprämien 2021 steigen im Landesmittel um 0,5 Prozent. Je nach Kanton schwanken die Veränderungen zwischen plus 2,1 Prozent (Tessin) und minus 1,6 Prozent (Appenzell Innerrhoden). Wie steht es um Ihre Prämie? Sehen Sie nach und vergleichen Sie mit anderen Kassen. Am besten auf der Website des Bundes: [www.priminfo.admin.ch](http://www.priminfo.admin.ch)

wegen aufgrund der Steuerdaten des Vor- oder Vorvorjahres, wer eine Verbilligung zugute hat, teilen dies den Berechtigten mit und lösen die Zahlung der Verbilligung an die Krankenkasse selber aus. Die

meisten anderen Kantone berechnen zwar von sich aus die Ansprüche der Versicherten, stellen ihnen dann aber einen Antrag zu, den sie ausgefüllt einsenden müssen, um die Zahlung der Verbilligung auszulösen. Eine Schlaumeierei, die sich auszahlt: Eine Umfrage des Newsportals Watson bei vier Kantonen ergab 2017, dass von den Anträgen, die an Anspruchsrechtigte verschickt wurden, nur 77 Prozent retourniert wurden.

In den Kantonen BS, GR und LU muss gar selber aktiv werden, wer die Verbilligung erstmals beanspruchen will – mangelndes Wissen und Verstehen der Versicherten nutzen diese Kantone aus,

um sich um Zahlungspflichten zu drücken.

#### DIE WICHTIGSTEN TIPPS

- Machen Sie sich schlau, welche Regeln in Ihrem Kanton gelten (siehe Links in der Tabelle). Auch nach einem Umzug in einen anderen Kanton sollten Sie sich sofort über seine Regeln informieren und die Verbilligung neu beantragen. Bei einem Wechsel unterm Jahr ist der neue Wohnkanton erst im neuem Jahr für die Verbilligung zuständig.
- Melden Sie sich bei der zuständigen Amtsstelle, wenn Sie glauben, anspruchsberechtigt zu sein, oder füllen Sie gleich einen Antrag aus. Wenn Sie nicht automatisch ein Antragsformular erhalten haben, heisst das noch nicht, dass Sie keine Ansprüche haben.
- Manche Kantone stellen ein Online-Tool zur Verfügung, mit dem Sie prüfen können, ob Sie eine Verbilligung zugute hätten (siehe Tabelle). Nutzen Sie es!
- Erhalten Sie eine Benachrichtigung, halten Sie sich unbedingt an die in Ihrem Kanton geltenden Fristen zur Einreichung des Antrags. Überschreiten Sie die Frist, ist Ihr Anspruch für das betreffende Jahr verwirkt. Rückwirkende Verbilligungen sind danach nur in wenigen Fällen (etwa bei Geburt eines Kindes) möglich.

**HÖHERE FRANCHISE: KOSTENRISIKO UND SPARCHANCE**  
Veränderung der selbst zu tragenden Kosten bei Erhöhung der Franchise bis zum Maximalbetrag

Jahresfranchise	Selbst-behalt pro Jahr	Maximal selbst zu tragende Kosten*	Mehrkosten gegenüber Mindestfranchise	Ihre Sparchance in einem gesunden Jahr**	Ihr Kostenrisiko***
300.–	700.–	1000.–	0.–	0.–	0.–
500.–	700.–	1200.–	200.–	140.–	60.–
1000.–	700.–	1700.–	700.–	490.–	210.–
1500.–	700.–	2200.–	1200.–	840.–	360.–
2000.–	700.–	2700.–	1700.–	1190.–	510.–
2500.–	700.–	3200.–	2200.–	1540.–	660.–

\* Bei Krankheitskosten, die den Betrag von Jahresfranchise plus 7000 Franken (zehnfacher Selbstbehalt) erreichen oder überschreiten.  
\*\* Maximaler Prämienrabatt nach Krankenversicherungsgesetz. Die Kassen sind nicht verpflichtet, den maximalen Rabatt zu gewähren.  
\*\*\* Mehrkosten, die Sie im Krankheitsfall bei höherer Franchise maximal selber tragen müssen.

## Krankenkasse (II): Ein Spartipp, Mit der höchsten solange Sie nicht ernsthaft krank werden

Erhöhen Sie bei Ihrer Krankenversicherung die Franchise, sparen Sie Prämien. Dafür müssen Sie im Krankheitsfall Mehrkosten einrechnen.

MARTIN JAKOB

Werden Sie nächstes Jahr krank? Müssen Sie vielleicht sogar operiert werden? Dumme Frage – in den meisten Fällen sind Krankheitsfälle und Gesundheitskosten nicht voraussehbar. Dennoch stehen Sie alle Jahre wieder vor dem Entscheid, ob Sie die Höhe Ihrer Franchise verändern möchten.

Die Franchise sagt aus, bis zu welchem Betrag Sie die Arzt-,

Spital- und Medikamentenkosten eines Jahres selber bezahlen müssen, bevor die Krankenkasse die Kosten übernimmt – abzüglich eines Selbstbehalts, der 10 Prozent beträgt, aber höchstens 700 Franken pro Jahr.

Die Franchise beträgt nach Gesetz mindestens 300 Franken. Sie können sie aber in Stufen bis zum Maximalbetrag von 2500 Franken erhöhen. Dafür erhalten Sie einen Rabatt auf Ihre Prämie, für den das Gesetz einen Höchstbetrag festgelegt hat (siehe Tabelle).

Auf den ersten Blick ist der Fall klar: Erhöhen Sie per Anfang des nächsten Jahres Ihre

## der Ihre Risikobereitschaft voraussetzt Franchise sparen Sie Geld – ernsthaft krank werden

Franchise auf den Maximalbetrag von 2500 Franken, sinkt Ihre Prämie um bis zu 1540 Franken im Jahr. Ein schöner Batzen! Müssen Sie nächstes Jahr zweit-, dreimal zur Ärztin und brauchen ein paar Medikamente, kostet Sie das vielleicht 600 Franken. Die bezahlen Sie zwar zu 100 Prozent selbst, fahren aber immer noch günstiger: Mit der tiefsten Franchise hätten Sie bis zu 1540 Franken mehr Prämie bezahlt, und die Krankenkasse hätte Ihnen nur 270 Franken überwiesen (600 Franken minus 300 Franken Franchise minus 10 Prozent Selbstbehalt auf den weiteren 300 Franken).

**JÄHRLICH NEU WÄHLEN.** Schlechter sieht es allerdings aus, wenn beispielsweise ein Spitalaufenthalt mit Operation oder teure Medikamente nötig werden und Sie sich mit der gesamten Jahresfranchise und dem maximalen Selbstbehalt an den Kosten beteiligen müssen: Dann ist die ganze Prämienersparnis futsch – sie bezahlen sogar 660 Franken mehr als eine Person, welche die tiefste Franchise gewählt hat.

Die Franchisewahl ist also mit einer Sparchance, aber auch mit einem Kostenrisiko verbunden. Immerhin: Sie können jedes Jahr neu abschätzen, wie es sich aufgrund Ihres Ge-

sundheitszustands mit den Chancen und Risiken verhält, und dann entscheiden, welche Franchise nächstes Jahr für Sie die richtige ist.

Ihren Entscheide müssen Sie der Krankenkasse bis spätes-

#### Mit der höchsten Franchise sparen Sie bis zu 1540 Franken.

tens 30. November schriftlich bekanntgeben, falls Sie die Senkung der Franchise wünschen. Für die Mitteilung, dass Sie die Franchise erhöhen möchten, haben Sie sogar bis zum 31. Dezember Zeit.

#### FRANCHISE UND PRÄMIENVERBILLIGUNG KEIN EINFLUSS

Beziehen Sie eine Prämienverbilligung (siehe Beitrag oben), aber keine Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe? Auch dann sind Sie frei in der Wahl Ihrer Franchise. Denn die Berechnung der Verbilligung erfolgt auf Basis von Referenzprämien und ist unabhängig von der effektiven Prämienhöhe.

## Gewerkschaftsbund und Movendo laden ein Blick nach vorn

«Gewerkschaft hat Zukunft» lautet der Titel der Tagung vom 16. November. Wie sieht diese Zukunft aus? Hören Sie mit, und reden Sie mit!

Klimajugend, Frauenstreik, soziale Proteste: Eine bewegte Gesellschaft lehnt sich auf gegen die Ausbeutung von Natur und Mensch, gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Und mitendrin die Gewerkschaften mit ihrem Kampf für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Was bedeuten die aktuellen Strömungen für die Zukunft der Gewerkschaften? Wie mobilisieren sie ihre Mitglieder für ökologische Fragen? Wie erreichen sie die nächste Generation? Wie begegnen sie der Ausbeutung in der digitalen

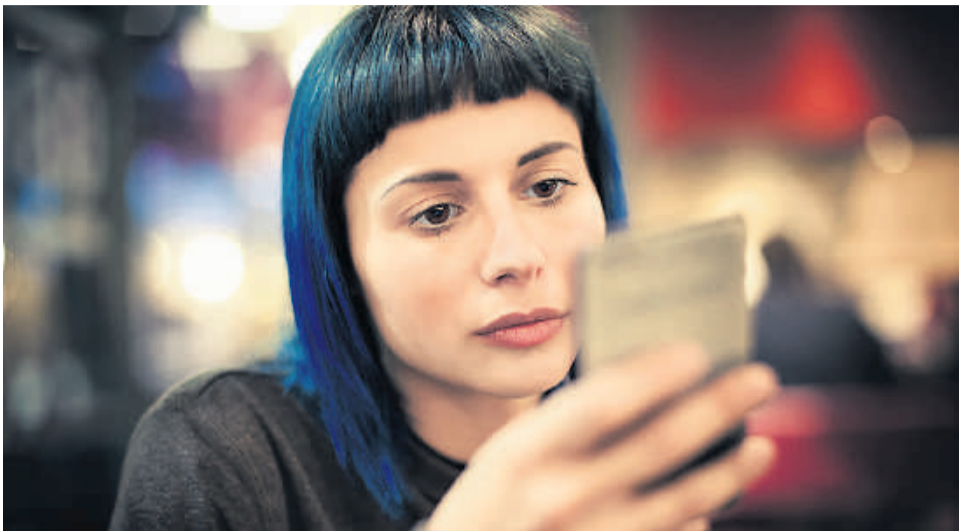
Ökonomie? Und wie vernetzen sie sich mit den immer internationaler werdenden Oppositionsbewegungen?

Diesen Fragen widmet sich die Tagung «Gewerkschaft hat Zukunft – Bewegung ist jetzt!» vom 16. November im Hotel Ador, Bern. Am Vormittag referieren SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard, Nationalrätin Mattea Meyer, Bewegungsforscherin Jasmine Lorenzini und Vera Dos Santos vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut, am Nachmittag stehen Zukunftsgespräche in Gruppen und ein Podiumsgespräch auf dem Programm. (jk)

Programm-Flyer und Anmeldung: [movendo.ch](http://movendo.ch), Tel. 031 370 00 70, Tagungsgebühr CHF 250.–, für Unia-Mitglieder gratis.

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**ADRESSE NICHT VERGESSEN.** Websites haben oft Namen, die man sich schlecht merken kann. Da hilft eine praktische App. FOTO: ISTOCK

## Websites speichern und später lesen

Sie stossen auf eine spannende Internetseite, haben aber keine Zeit, sie sofort zu lesen. Das ist kein Problem: Sie können die Seite speichern und sie später in Ruhe ansehen – auch auf anderen Geräten. Auf dem Handy klappt das mit der Gratis-App «Pocket».

Nach der Installation müssen Sie ein Benutzerkonto mit Ihrer E-Mail-Adresse erstellen. Andere Angaben sind nicht nötig. Möchten Sie nun eine Website speichern, drücken Sie auf dem iPhone in der Firefox-App rechts auf das Symbol: . Dann tippen Sie auf die Schaltfläche «Seite teilen mit»: . Das gleiche Symbol finden Sie auch in der unteren Spalte im Safari-Browser.

Im Android-Browser drücken Sie auf dieses Symbol: , anschliessend je nach Browser auf «Teilen» oder auf das Teilen-Symbol . Im neuen Fenster drücken Sie auf «Pocket».

**OFFLINE LESBAR.** Wenn Sie später die «Pocket»-App öffnen, wird die Seite heruntergeladen. Sie lässt sich nun anklicken und auch ohne Internetverbindung lesen. Praktisch: Die gespeicherte Website können Sie jetzt auch auf anderen Geräten lesen. Auf dem PC und Mac ist «Pocket» im Firefox-Browser enthalten. Klicken Sie einfach auf das Bibliothekssymbol und wählen Sie «Pocket-Liste». Sind Sie bei «Pocket» angemeldet, sehen Sie hier alle Websites, die Sie auf dem Handy gespeichert haben. MARC MAIR-NOACK

**Praktisch: Gespeicherte Seiten lassen sich auf allen Geräten lesen.**



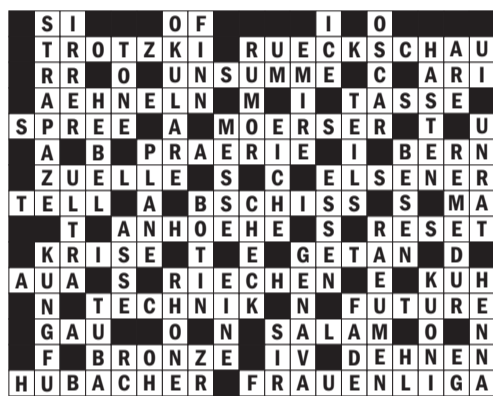
# workrätsel

## Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



**K-Tipp.**  
Wir testen für Sie.  
Wer abonniert, profitiert.

**LÖSUNG, GEWINNERIN UND GEWINNER AUS NR. 15**  
Das Lösungswort lautete: **MITARBEITERIN**



**DEN PREIS, zwei Coop-Gutscheine**  
à je 150 Franken, haben gewonnen: **Jean-Pierre Matti, Kerzers FR; Mariarosa Schaufelberger, Wetzikon ZH.** Herzlichen Glückwunsch!

Jugendorganisation (Kw.)			Reise im Auto	Frauenrechtlerin; ... von Roten	saugende, zirpende Insekten			Computereck	schweiz. Autorin (Federica de)	heilige Silbe des Sanskrit	US-Stadt: Las ...		eh. russ. Raumstation		Geichtsausdruck	antike Stadt in Ägypten		Pferdewandter
Verwandtschaft								Covid-Verchwörer					3					Edelmetallgewicht
Abk.: Ampere-stunde			Titelfigur b. Klaus Schädelin †		Klein-händler								brit. R & B-Sängerin		getrocknetes Gras			9
Kinderfahrzeug								Jünger Jesu		hierhin			Scharnier-teile					6
					Schiffsleinwand		die ... von Moria								eh. US-Leichtathlet (Carl)		US-Schauspieler (Ben)	
Kulturhandlung	senegal. Musiker (Ismael)	persönl. Fürwort (3. Fall)		ernsthaft								1	nicht gross	Weintraubenernte				
sehr gern haben						Sport mit Lenkdrachen	Turnerabteilung			Auftraggeber eines Anwalts								Princess of Wales † (Kurzf.)
			frittiertes Kichererbsenbällchen	Meeres-tier										polieren, bohren	Identitätskarte (Kw.)			
SGB fordert mehr ...	die Unwahrheit sagen	weiblich, fraulich							8	elektron. Tanzmusik		work-Biberil-Zeichner † (Roif)						
gesetzlich erlaubt				ital. Regisseur † 1989		Abfall, Müll		kegelförmige Indianerzelte							Hautpflege-mittel		fettarm (Fleisch)	
		Pflege; ...-Arbeit	abstreifen										Stromspeicher (Kw.)	kleinster Teil der Wortbedeutung				
Vergnügen (engl.)	Hauptstadt v. Franz.-Guayana							schweiz. Eisenbahnerverband			Hauptstadt d. Türkei			7				
eh. dt. Tennisspielerin (Steffi)			Abk.: National-liga	Abk.: Wiederholungs-kurs			alkoholfreies Mischgetränk								Internet-kürzel Österreich		Abk.: Berlin	
Denkvermögen, Verstand	Sportauto											Schalentier						
							Film über Flüchtlings-krise											5

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

**Lösungswort einsenden an: work,**  
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per  
E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss **16. Oktober 2020**

INSERAT



# Wenn Konzerne Schaden anrichten, sollen sie dafür geradestehen!

Immer wieder verstossen Grosskonzerne mit Sitz in der Schweiz gegen grundlegende Menschen- und Arbeitsrechte und verschmutzen die Umwelt. Deshalb:

# JA!

am 29. November zur Konzernverantwortungsinitiative!

Hilf mit, «eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Jahrzehnte» (Jean Ziegler im «work») zu gewinnen: Bestelle gratis Kampagnenmaterial (Fahnen, Velodreiecke, Flyer, Kleber, Plakate)! Mach mit bei der grossen Postkartenaktion! Werde beim Lokalkomitee deines Wohnorts aktiv!

[konzern-initiative.ch](http://konzern-initiative.ch) | [unia.ch/konzerninitiative](http://unia.ch/konzerninitiative)





**WORKLESERFOTO**



**Sieh einmal die Wanze an, wie die Wanze tanzen kann ...**

**WANN** 20. September 2020  
**WO** Langenthal  
**WAS** Feuerwanze  
**Eingesandt von** Therese Müller, Langenthal BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

- SVP im Formtief I: Wo traf sich das SVP-Parteivolch zum «Abstimmungshöck»?**  
 a) in Rothrist AG?  
 b) in Rosarist AG?  
 c) in Blaurist AG?  
 d) in Braunrist AG?
- SVP im Formtief II: Wieso heisst der neue SVP-Präsident Marco Chiesa?**  
 a) weil sonst keiner wollte?  
 b) weil sonst keiner durfte?  
 c) weil sonst keiner konnte?  
 d) weil Blocher zu alt ist?
- SVP im Formtief III: Wie heisst Christoph Blocher zum zweiten Vornamen?**  
 a) Fuchsram?  
 b) Wolfram?  
 c) Rosgram?  
 d) Griesgram?
- SVP im Formtief IV: Was heisst die Abkürzung SVP?**  
 a) Schweizerische Verbrecherpartei?  
 b) Schweizerische Vogelwarte?  
 c) Schweizerische Verliererpartei?  
 d) Schweizerische Volkspartei?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen:  
 1a: 2b: 3b: 4d



GRAFIK: TOM HÜBSCHER / TNT GRAPHICS

**WORKPOST**



**WORK 15 / 18.9.2020: «ICH STIMME NEIN, WEIL ...»**

**Alter Wein mit Zapfen**

Nach der Begrenzungspropaganda im Zeitungsformat, die bereits vor Wochen ungefragt in jeden Schweizer Haushalt geflattert ist, nun also ebenso ungefragt der Hochglanz-Flyer mit der Panikmache wegen des Stellenverlusts für alle, und dazu in Weltformat die Plakatkampagne «Es wird eng!» – uralter, abgestandener Wein, aber in auffallend brandneuen Schläuchen. Die Herrschaften, die sich solch kostspielige PR-Preziosen leisten, eine nach der andern und wohlüberlegt, bleiben wieder einmal dezent anonym, aber es ist kein Geheimnis: Sie haben für sich selbst keinerlei Stellen-, Einkommens- oder Vermögensverlust zu fürchten und auch rein gar nichts gegen Immigranten, sofern die nur mit ihnen in der gleichen Einkommens- und Vermögensliga spielen. Wenn sie demnächst wieder einmal nicht

genug ausländische Millionen und Milliarden in ihre geldgeile und menschencheue Schweiz ziehen können und für eine entsprechende Steuersenkung trommeln, mit dem Effekt, dass womöglich der Service public unter die Räder kommt, greifen sie dazu genauso tief in ihre Taschen wie für obige Panikmache im Schweizer Fussvolk gegen das Fussvolk ohne Schweizer Pass. Dabei zahlen letztere nicht nur genauso happig in den Schweizer Fiskus ein wie die Schweizerpassbesitzer, sondern tragen mindestens ebenso zu den satten Renditen der anonymen Herrschaften bei – davon aber kein Sterbenswörtchen! Was sich in Tat und Wahrheit in diesen kostspieligen Kampagnen ausdrückt, ist nichts als ihre Sklavenhalter-Mentalität: das Schweizer Fussvolk wollen die Herrschaften jetzt als Sklaven-(aus)treiber für das Fussvolk mit «fremdem» Pass in Dienst nehmen, nach der altbewährten Devise «Teile und herrsche!». Wer aber kein Sklaventreiber im Dienst von Sklavenhaltern sein und eine gerechte Schweiz für Menschen haben will, der legt am 27.9. zur Begrenzungsinitiative ein NEIN in die Urne.

**WORK 15 / 18.9.2020: INFERNO IN DER HÖLLE VON EUROPA**

**Sofort 10 000 aufnehmen!**

O ja, nicht nur die Städte, auch die Schweiz soll sofort Flüchtlinge aufnehmen! 10 000 Menschen lassen sich locker aus der Portokasse integrieren. Wer blockt? Frau Bundesrat Keller-Sutter von der FDP, der neoliberalen Umverteilerpartei, die Korruption,

Steuerflucht, Ausbeutung und Krieg in den Ländern des globalen Südens durch Schweizer Konzerne deckt. Feige und geizig. Wo ist unser Herz?

PAUL DORN, ZÜRICH

**WORK 12 / 26.6.2020: DIE COLTAN-KINDER VON KIVU**

**Gier versus Krankheit**

Als Pflegefachfrau HF und Berufsschullehrerin Pflege ist es mir nicht egal, wenn Menschen durch vergiftete Flüsse bzw. Trinkwasser, Schwermetalle und Staub in der Luft, Rohstoffabbau in Gruben und Versprühen von Pestiziden auf Feldern schwer erkranken. Die Krankheiten (Asthma; Organschäden; Leber, Milz; Anämie; Lähmungen usw.) führen zu irreversiblen Schäden und manchmal zum Tod. Am Ende der Schadenskette stehen Kinder und Erwachsene.

Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt eine Selbstverständlichkeit: Grosskonzerne wie Glencore, Lafarge Holcim, Syngenta, Louis Dreyfus AG, usw. mit Sitz in der Schweiz sollen für ihren durch ihre Tochterfirmen im Ausland angerichteten Schaden geradestehen. KMU sind von der Initiative nicht betroffen, da sie in der Regel keine Tochterfirmen im Ausland betreiben. Oder in den Worten der Bahnhofkirche Zürich ausgedrückt: «Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Das haben wir nicht nur durch unsere Arbeit erreicht, sondern auch durch Ausbeutung von Menschen in anderen Teilen der Welt. Die Stimmen, die sich gegen die Ausbeutung von Menschen für unseren Wohlstand einsetzen, kommen aus unserer Mitte. Sie wollen erreichen, dass die

betreffenden Konzerne für ihr Tun zur Verantwortung gezogen werden. Die modernen Befreier sind die Initianten der Konzernverantwortungsinitiative.» Ich will hinschauen und nicht wegschauen. Ich will mich auch nicht von den Konzernen und ihrer Lobby durch Falschaussagen vereinnahmen, belügen oder in die Irre führen lassen. Gier (Profit und Dividenden) versus Gesundheit und Gerechtigkeit. Das darf nicht sein! Setzen wir ein Zeichen: Ja! zur Konzernverantwortungsinitiative am 29. November 2020.

THERES GERMANN-TILLMANN, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 15 / 18.9.2020: DER BUND MUSS WIEDER ÜBERNEHMEN!**

**Erstaunt und enttäuscht**

Ich bin doch ein bisschen erstaunt. 1. Es ist von «Rechten und Linksesoterikern die Rede». Woher weiss der Autor mit Gewissheit, dass alle Protestierenden zu den vom Autor erwähnten Kategorien gehören? Sind sie sich bewusst, dass der Autor Mitglieder herabwürdigt! Mich eingeschlossen. 2. «Einem bürgerlichen Staat ist nicht zu trauen. Grundsätzlich.» Den Staat als Persönlichkeit gibt es nicht. Der Staat kann auch von sich aus nichts tun. Das gleiche trifft auf den Bund zu. Nennen Sie doch die Menschen, denen nachweislich nicht zu trauen ist. Wer hat was getan und wozu hat es geführt? 3. «Auch in der Schweiz nehmen die Ansteckungen wieder zu.» Wenn man glaubt, dass der PCR-Test eine Krankheit anzeigt, stimmt die Aussage. Doch an der Aussagekraft des

PCR-Tests bestehen erhebliche Zweifel. Der Test zeigt nur die Anwesenheit von bestimmten Gensequenzen an. Ich finde es schade, wenn solche Meinungsartikel kommen. Zudem möchten die Lesenden Informationen, nicht Meinungen. Für Meinungen geht er an den Stammtisch.

THOMAS WALSER, PER MAIL

**Vertrauen in den Bund**

Die Covid-19-Pandemie ist die grösste gesundheitspolitische und ökonomische Herausforderung neben dem Klimawandel. Ich finde, der Bundesrat hat das gut gemanagt. Natürlich gab es Fehler, und es wird auch weiterhin Fehler geben. Wenn man zurückschaut, ist man immer klüger. Vor allem gilt das bei einem Virus, über das man noch so wenig weiss. Jedenfalls ist mein Vertrauen in den Bund grösser als in die Kantonsregierungen, die meines Erachtens zu viel an die nächsten Wahlen denken.

MARTHA LIECHTI, PER MAIL

**WORK 15 / 18.9.2020: SALDO-TIPP: DIE BESTE TASTATUR FÜR'S TABLET**

**Super-Tastatur**

Ich arbeite seit Jahren mit der Logitech-Tastatur K480, die im Test nicht enthalten ist. Ich kann damit das Handy, das Tablet und einen Computer bedienen (Gerät mit Drehschalter wählbar). Zum Mitnehmen ist die Tastatur zu gross. Daher schreibe ich unterwegs mit der Bildschirmtastatur. Ist natürlich weniger komfortabel als das «Zehnfingerlen» auf der Logitech.

WILLI AERNE, STAAD SG



# Kaminfeger Pascal Steiner sorgt für Durchzug Der russige Glücksbringer

**Pascal Steiner (50) heizt Öfen ein und bringt Kamine zum Rauchen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Natürlich bringe ich den Leuten Glück, ich bin ein glücklicher Mann!» sagt Pascal Steiner und lacht sein herzhaftes Lachen. Er ist Glücksbringer, quasi von Amtes wegen – schliesslich ist er Kaminfeger. Klar, dass ihn Kundinnen und Kunden gerne noch auf ein Käfeli einladen, wenn er ihre Öfen entrusst. Steiner hört den Leuten zu, ist da für sie, das gehört zum Job. Und er kennt seine Kundinnen und Kunden schon seit Jahren – sie und ihre Schicksale. Steiner sagt: «Das Schönste am Beruf ist der Kontakt mit der Kundschaft.» Warum der Chemifäger ein Glückssymbol ist, dafür gibt es viele Erklärungen. Steiners liebste Version: «Seit es Kaminfeger gibt, beschützen wir die Häuser, weil wir durch das Reinigen der Kamine den Hausbrand verhindern.»

**SCHLÜPFEN.** Als Jugendlicher hatte Steiner eigentlich Koch werden wollen. Beim Schnuppern habe er aber bemerkt, dass er dann immer im gleichen Raum wäre – und dafür wiederum konnte er sich gar nicht erwärmen. Dann kam eines Tages der Chemifäger zu den Steiners ins Haus. Und da war für Pascal schnell klar: Er wollte Kaminfeger werden. Und ist es jetzt seit über dreissig Jahren. Steiner: «Einer, der mit fünfzig noch Kaminfeger ist, der macht das aus Leidenschaft.» Vieles habe sich in dieser Zeit verändert: Da sei schon nur die Erreichbarkeit der Kundinnen und Kunden. Damals waren die Leute einfach ume oder liessen das Haus für den Kaminfeger offen. Das ist heute nicht mehr so. Früher hiess es manchmal morgens beim ersten Kunden: «Aber es Zmorge nämit der scho?» Das Frühstück gebe es heute nur noch selten, aber Zeit für ein Käfeli schon.

Auch im technischen Bereich hat sich vieles getan. Steiner erklärt: «Wir gehen nicht mehr auf die Dächer, da die Sicherheitsvorschriften sehr streng geworden sind.» Und auch das «Chemi-Schlüfe» gehört heute nicht mehr dazu. Er selbst habe noch gelernt, von unten nach oben durch einen Kamin zu schlüpfen. Aber das sei heute auch gar nicht mehr möglich: Die Kamine sind viel kleiner geworden, manchmal nur noch ein paar Zentimeter Durchmesser.

**KRATZBÜRSTE.** Steiner reinigt hauptsächlich Ölheizungen, aber auch Gas- und Pellettheizungen oder Cheminees gehören zum Repertoire. Für eine 20-Kilowatt-Hei-

zung benötigt Steiner ungefähr eine Stunde. Aber: je neuer die Anlage, desto mehr Arbeit. «Früher konnte ich häufig mit dem Kratzseisen dran. Heute gibt es viel mehr Elektronik, die verträgt sich nicht so gut mit Kratzseisen», erklärt Steiner und lacht übers ganze Gesicht. «Wir müssen viel feiner derhinger.» Auch seien die Anlagen viel komplexer geworden. Und als das erste Mal von alkalischer Reinigung die Rede gewesen sei, habe er sich gedacht «ah, schön, alkalisch was?» Doch jetzt gehöre die Entfernung von Schwefel mit alkalischen Laugen zu seinem Berufsalltag.

**KONTROLLEUR.** Steiner betreut rund 1500 Anlagen und reinigt ungefähr zwischen zwei und zehn Öfen pro Tag, je nach Modell. «Jede Anlage ist anders, aber ich kenne sie alle: die Grösse des Kamins, welche Leistung, welche Eigenheiten, welcher Hersteller: Elco, de Dietrich, Müba, Olymp, Ökofen...» Steiner arbeitet von Juni bis September in einem 100-Prozent-Pensum für die Firma Aubry Ramonag mit Sitz in Sonvilier BE. Von Oktober bis Mai ist er zu 60 Prozent sein eigener Herr und Meister: Als Selbständiger macht er die Feuerungskontrolle für 23 Gemeinden im Berner Jura. In dieser Funktion kontrolliert er die Brennwerte, die Gas- und Feinstaubemissionen.

Gibt es auch weniger glückliche Seiten seines Berufes? Kaminfeger Steiner hält einen Augenblick inne. «Ja, vielleicht

gewisse Kundinnen und Kunden.» Wenn jemand respektlos oder gar aggressiv sei. Und es komme halt immer wieder vor, dass jemand meine, der bessere Kaminfeger zu sein als er. Und dann wird Steiner ganz kurz etwas nachdenklich: Belastend seien auch gewisse gesundheitliche Auswirkungen. So mache er jedes Jahr eine Lungenkontrolle, weniger wegen der Feinstaubbelastung als wegen des Asbests. Steiner erklärt: «Heutzutage, wenn wir in eine

Heizung reingehen, dann ziehen wir immer eine Schutzmaske an. Und der Lehrling bringt mir bei, auch bei den anderen Arbeiten eine Maske zu tragen.» Stärker als die Lunge seien aber Knie und Rücken belastet. Er müsse häufig unter Rohren durchkriechen und in gebückter Haltung arbeiten: «Man muss sich vorstellen, man tut den ganzen Tag nur noch beten!» erklärt er, und da ist es wieder, dieses herzhafteste Lachen.



**PASCAL STEINER  
JASSER UND  
GRILLMEISTER**

Pascal Steiner ist Präsident des Berner Kaminfeger-Gesellenverbandes und Vizepräsident des Schweizerischen Gesellenverbandes. Und er sitzt im Verwaltungsrat der Kaminfeger-Pensionskasse. Ab 2021 gilt im Kanton Bern kein Kaminfeger-Monopol mehr. Das heisst, die feste Gebietsaufteilung für Kaminfeger wird durch ein Konzessionsmodell ohne Tarifbindung ersetzt. Neu sind Einsätze im ganzen Kantonsgebiet möglich. Das hatte der Kaminfeger-Meisterverband bereits 2015 verlangt, unter anderem als Reaktion auf den Rückgang der Ölheizungen. In dieser tiefgreifenden Änderung hatte Steiner als Präsident der Kaminfegergesellen alle Hände voll zu tun, die Rechte der Angestellten sicherzustellen.

**ZYLINDER.** Nebst handfesten Verhandlungen geht es im Verband auch darum, die Kaminfeger-Traditionen zu leben. Wenn sich Kaminfeger treffen, dann nicht selten «aagleit»: ganz in Schwarz, mit Zylinder und rotem Foulard. «Auch an der Hochzeit tragen wir diese Kleidung», erklärt Steiner.

Jedes Jahr treffen sich in Santa Maria Maggiore in Italien, nahe der Schweizer Grenze, Tausende Kaminfeger aus aller Welt zu einem grossen Fest. Es findet zum Gedenken an die Kinder armer Familien statt, die in die grossen Städte «verkauft» wurden, um «Kamine zu schlüpfen», und bei dieser gefährlichen Arbeit nicht selten verunfallten.

**KOPFKINO.** Pascal Steiner ist verheiratet und hat einen Sohn, der in Lausanne studiert. Neben seinen Ämtern bleibt Steiner nicht viel Freizeit. Diese verbringt er aber gerne mit Familie und Freunden. Er ist ein leidenschaftlicher Jasser und Schachspieler, früher auch im Schachclub. «Ein Apéro und dann Grillieren, das ist Freizeit», sagt Steiner. In die Ferien fährt er eigentlich nie. «Wir haben zu Hause in Souboz BE einen Pool, einen Grill und einen grossen Keller. Ich reise mit den Ferienerzählungen der Kundinnen und Kunden mit, das reicht mir.» Pascal Steiner ist Unia-Mitglied und verdient bei einem 100-Prozent-Pensum 6100 Franken brutto.

**ALLES DABEI: Pascal Steiner weiss genau, für welchen Ofen er welche Bürste braucht.**

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Johannes Supe, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.